



Köln 2023
Antisemitische Vorfälle

Herausgeber*innen:

Fachstelle gegen Antisemitismus im
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln
www.nsdok.de/fachstelle

Konzept und Redaktion:

Daniel Vymyslicky, Meldestelle für
antisemitische Vorfälle / Fachstelle gegen
Antisemitismus

Telefon: 0221/221-31648

E-Mail: daniel.vymyslicky@stadt-koeln.de

Dieser Jahresbericht kann auf
www.antisemitismus-melden.koeln
kostenfrei heruntergeladen werden.

Bildnachweis:

Sofern nicht anders angegeben,
verbleiben die Bildrechte bei der Fachstelle
gegen Antisemitismus.

Grafik und Design:

[AVINformate / Saskia Staible](#)

Die Gestaltung der Titelseite verweist auf
den zweiten Buchstaben im hebräischen
Alphabet (Bet), in Schreibschrift.
Die Idee basiert auf einem von RIAS Berlin
entwickelten Format.

Urheberrechtliche**Hinweise** © 2024

Meldestelle für antisemiti-
sche Vorfälle – Fachstelle
gegen Antisemitismus.
Alle Rechte vorbehalten.
Diese Publikation wird
für nichtkommerzielle
Zwecke kostenlos zur Ver-
fügung gestellt. Die Her-
ausgeber*innen behalten
sich das Urheberrecht
vor. Eine Weitergabe oder
Vervielfältigung, auch in
Teilen, ist nur nach aus-
drücklicher schriftlicher
Zustimmung der Heraus-
geber*innen gestattet.
Darüber hinaus muss die
Quelle korrekt angegeben
und ein Belegexemplar
an die Fachstelle gegen
Antisemitismus geschickt
werden.

Haftungsausschluss

Die Informationen in
diesem Bericht wurden
nach bestem Wissen und
Gewissen formuliert. Für
die Vollständigkeit und
Aktualität der Informa-
tionen übernehmen die
Herausgeber*innen keine
Gewähr. Diese Publikation
enthält Links zu Web-
seiten Dritter, auf deren
Inhalt wir keinen Einfluss
haben. Deshalb können
wir für diese fremden
Inhalte auch keine Ge-
währ übernehmen. Für die
Inhalte der angegebenen
oder verlinkten Seiten
sind stets die jeweiligen
Anbieter*innen oder Be-
treiber*innen der Seiten
verantwortlich.

1	Vorwort	4
2	Antisemitische Vorfälle	6
3	Statistische Darstellung	11
4	Beispiele und Analyse	17
5	Thematische Schwerpunkte	44
	5.1	
	Antisemitische Vorfälle in Köln nach dem 7. Oktober	44
	5.2	
	Israelfeindliche Demons- trationen nach dem 7. Oktober	68
	5.3	
	Zuschriften mit Bezug zum Roger Waters Konzert	98

ANHANG:
Datengrundlage und Arbeitsweisen



1

VORWORT



Sehr verehrte Leser*innen,
mit dem Wiederaufbau der Synagoge
Roonstraße direkt nach der Shoah hat
Köln der jüdischen Gemeinschaft ein
Versprechen gegeben.
Das jüdische Erbe sollte gewahrt, leben-
diges Judentum wieder etabliert werden,
kein museales, sondern lebendiges
Judentum in der Mitte unserer Stadt.
Wie lebt es sich heute als jüdischer
Mensch in Köln?

Vor dem 7. Oktober 2023

... wird Antisemitismus immer salon-
fähiger. Besonders in der digitalen Welt
nährt Antisemitismus junge Menschen
und ist vermeintlich berechtigt und
plausibel. Auch im Kulturbetrieb wird
es deutlich: Unter dem Deckmantel der
selbstverständlichen Freiheit der Kunst
wird relativiert, ein falsches Bild ge-
zeichnet. Dies sind keine Einzelfälle, es
zieht sich wie ein roter Faden durch die
Kulturlandschaft. Wir werden uns an die
nicht verhinderbaren Roger-Waters
Konzerte erinnern. Judenhass „live on
stage“.

Nach dem 7. Oktober 2023

... gab es mehr als eine Verdopplung
antisemitischer Vorfälle im Vergleich
zum Jahr 2022 in Köln. Es waren vorher
schon viel zu viele. Seit dem Massaker der
 Hamas vom 7. Oktober ist kein Tag in Köln
ohne antisemitischen Vorfall vergangen.
Über 60% der dokumentierten antisemiti-
schen Übergriffe in Köln des Jahres 2023
fanden nach dem 7. Oktober statt.

Juden und Jüdinnen in dieser Stadt fragen:

„Sind wir noch zu Hause in Köln?“

Der neue Schwung des Antisemitismus, der oft laut und deutlich, spärlich verpackt und unter dem Deckmantel einer bereits gesellschaftlich akzeptierten Israelkritik aufblüht, wird immer unverhohlener und aggressiver. Auf deutschen Straßen wurde der Überfall auf Israel, das Massaker des 7. Oktober gefeiert. In der Kunst- und Kulturszene schweigt man dröhnend laut zu dem Überfall durch die *Hamas* und gleichzeitig wird antisemitischen Äußerungen eine Bühne geboten. Für Studierende verändert sich die Situation zu einer aggressiveren Auseinandersetzung hin.

Das Leben wird nie wieder wie vor dem 7. Oktober sein. Kaum ein Jude in der ganzen Welt ist von den Geschehnissen unberührt. Das Massaker hat uns als Menschen zutiefst in seiner Unmenschlichkeit getroffen, es hat uns als Juden verändert. Judenhass und Antisemitismus funktionieren ganz ohne jüdisches Leben, ohne Juden! Antisemitismus wird nicht verursacht und kann nicht durch irgendetwas „ausgelöst“ werden. Er ist immer ohne jegliche Berechtigung. Heute sind es Juden, die verfolgt werden, morgen kann es jeder demokratisch eingestellte Mensch sein. Für wen es vor dem Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023 noch nicht deutlich war: was in Israel und was den Juden in der ganzen Welt passiert, geht uns alle an. Es ist ein Überfall auf die Freiheit eines jeden Einzelnen.

Nie wieder ist jetzt!

Wir sind schon längst im „wieder“ angekommen.

Desto mehr danken wir für die hervorragende Arbeit der Meldestelle für antisemitische Vorfälle im NS-Dokumentationszentrum. Eine Fachstelle gegen Antisemitismus, schrecklich, dass wir sie brauchen – gut, dass sie in Köln da ist.

Bettina Levy

Mitglied des Vorstandes der Synagogen-Gemeinde Köln

2

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN KÖLN 2023

176 antisemitische Vorfälle dokumentierte die Fachstelle gegen Antisemitismus im Jahr 2023 im Kölner Stadtgebiet. Die Anzahl dokumentierter antisemitischer Vorfälle hat sich im Vergleich zum Vorjahr (2022: 83 Vorfälle) somit mehr als verdoppelt (+112%).

Der massive Anstieg dokumentierter antisemitischer Vorfälle in Köln steht dabei in klarem Zusammenhang mit dem Massaker der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung sowie dem anschließenden Krieg in Gaza: Allein im vergleichsweise kurzen Zeitraum zwischen dem 7. Oktober und dem 31. Dezember ereigneten sich 110 antisemitische Vorfälle in Köln (von insgesamt 176). Auf weniger als drei Monate kommen somit fast zwei Drittel aller 2023 registrierten Vorfälle. Eine genaue Analyse der dokumentierten Vorfälle seit dem 7. Oktober findet sich im vorliegenden Jahresbericht ab S. 44.

Die nachfolgende Datenanalyse erfolgt gemäß dem vom Bundesverband RIAS verwendeten Kategoriensystem. Die Kategorien werden nachfolgend in kursiv gesetzt. Definitionen und Beispiele finden sich in Kapitel 4.

Mit Blick auf die Art des Vorfalls wurden im letzten Jahr insgesamt acht *Angriffe*, sieben *Bedrohungen*, sieben *gezielte Sachbeschädigungen*, zwei *Massenzuschriften* und 152 Vorfälle der Kategorie *verletzendes Verhalten* dokumentiert. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich dabei, dass die im letzten Jahr im Kölner Stadtgebiet dokumentierten Vorfälle nicht nur zahlenmäßig gestiegen, sondern auch gewalttätiger geworden

sind. Davon zeugt insbesondere die gestiegene Anzahl körperlicher *Angriffe* (von drei auf acht) und *Bedrohungen* (von zwei auf sieben). Deutlich mehr geworden sind ebenso Demonstrationen und Versammlungen im Kölner Stadtgebiet, auf denen antisemitische Vorfälle dokumentiert wurden (2022: 8 / 2023: 27). Dabei fanden zwei Drittel dieser Versammlungen im Jahr 2023 im kurzen Zeitraum vom 7. Oktober bis zum 31. Dezember 2023 statt. Konkrete Beispiele für antisemitische Vorfälle auf israelfeindlichen Demonstrationen werden in der thematischen Schwerpunktanalyse ab S. 68 geschildert.

Von den insgesamt 176 dokumentierten antisemitischen Vorfällen waren in 69 Fällen Einzelpersonen direkt betroffen. In knapp 60% der Fälle waren dabei jüdische Einzelpersonen betroffen. Dass die absolute Mehrheit der Betroffenen antisemitischer Vorfälle in Köln jüdisch ist, obwohl weniger als ein halbes Prozent der Kölner Bevölkerung Mitglied einer jüdischen Gemeinde ist, unterstreicht die Tatsache, dass sich Antisemitismus auch in Köln in erster Linie gegen Jüdinnen* Juden richtet. Darüber hinaus sahen sich auch nicht-jüdische Einzelpersonen (28 Vorfälle) sowie Institutionen (41 Vorfälle) im letzten Jahr mit Antisemitismus konfrontiert. Dazu zählen beispielsweise Vorfälle, bei denen nicht-jüdische Menschen antisemitische Hetzschriften in ihren Briefkästen vorfanden, oder auch Schoa-relativierende Einträge im Gästebuch des NS-Dokumentationszentrums. In 66 Fällen gab es keine direkten Betroffenen. Dies ist beispielsweise bei antisemitischen

schen Schmierereien, Aufklebern und Zetteln im öffentlichen Raum der Fall, von denen letztes Jahr insgesamt 40 Fälle im Kölner Stadtgebiet dokumentiert wurden.

Sind Betroffene involviert, kann das persönliche Empfinden des Vorfalls stark durch den situativen Kontext beeinflusst werden: direkte antisemitische Anfeindungen von Angesicht zu Angesicht (2023: 59 Vorfälle) werden dabei häufig als besonders belastend empfunden. Die zum Teil sehr unterschiedliche Qualität antisemitischer Vorfälle zeigt sich auch anhand der verschiedenen Tatorte, an denen sie sich ereignen. Die meisten 2023 dokumentierten Vorfälle fanden auf der Straße statt (56), aber auch an weiteren Orten des öffentlichen Raums, wie im öffentlichen Nahverkehr (14) oder an Gedenkorten (20). Besonders einschneidend beschreiben Meldende jedoch meist jene antisemitischen Vorfälle, die sich im persönlichen Nahbereich abgespielt haben: ob in der Schule oder anderen Bildungseinrichtungen (15), am Arbeitsplatz (6) oder im Wohnumfeld (15). Gerade mit Blick auf das Wohnumfeld ist im Vergleich zum Vorjahr ein überproportional hoher Anstieg festzustellen (von einem dokumentierten Vorfall auf 15). In 22 Fällen wurden Kölner Betroffene im Internet persönlich antisemitisch angefeindet.

Klassifiziert werden die Vorfälle auch nach deren inhaltlicher Erscheinungsform.¹ Am häufigsten wiesen die 2023 dokumentierten Vorfälle Bezüge zum israelbezogenen Antisemitismus auf (97 Vorfälle, +246% im Vergleich zum Vorjahr), was insbesondere auf die Situation nach dem 7. Oktober zurückzuführen ist. Gleichzeitig haben nach dem Hamas-Angriff auf Israel auch andere Erscheinungsformen stark zugenommen, allen voran der Post-Schoa-Antisemitismus (2022: 30 / 2023: 57). Diese Entwicklung begründet sich zumindest

¹ Häufig werden im Rahmen eines antisemitischen Vorfalls gleich mehrere Erscheinungsformen gleichzeitig geäußert. Da bei dieser Kategorie Mehrfachnennungen möglich sind, übersteigt die Anzahl der Zuordnungen die Anzahl der insgesamt dokumentierten Vorfälle. Für Definitionen und Beispiele siehe [Kapitel 4](#).

teilweise in der Tatsache, dass die verschiedenen inhaltlichen Erscheinungsformen in der Praxis weitaus häufiger gemeinsam auftreten bzw. geäußert werden, als zunächst vermutet werden könnte. Insbesondere bei Äußerungen, die dem israel-bezogenen Antisemitismus zuzuordnen sind, wird schnell auch auf „antisemitisches Wissen“ anderer Erscheinungsformen zurückgegriffen, um so ein (vermeintlich) kohärentes Weltbild zu konstruieren: So rechtfertigte beispielsweise ein Kölner Schüler im Klassenzimmer seinen Israelhass mit der Aussage, die Schoa sei passiert, „weil die Juden so viele Probleme machen“ und weil Juden „hinter den meisten Kriegen stehen“, da sie „Geld damit machen“ würden.

Politische Ereignisse, historische Jahrestage oder Debatten bilden Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Äußerungen und antisemitisches Handeln. Infolge des 7. Oktobers und des Gaza-Kriegs fanden auch in Köln zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen statt, die als „Anlass“² für antisemitische Vorfälle genommen wurden: so wurden Gedenk- und Solidaritätsveranstaltungen für die Opfer des 7. Oktobers gestört oder die an die von der Hamas verschleppten Geiseln erinnernden „Entführt“-Plakate beschädigt.

Mit Blick auf die erste Jahreshälfte 2023 stellte das Roger-Waters-Konzert im Mai bzw. die damit einhergegangene öffentliche Debatte um Antisemitismus in Kunst und Kultur einen weiteren „Anlass“ für antisemitische Vorfälle in Köln dar (siehe Exkurs „Antisemitische Zuschriften mit Bezug zum Roger Waters Konzert“, ab [Seite 98](#)).

2 „Anlässe wie die Coronapandemie oder akute Eskalationen des arabisch-israelischen Konflikts eröffnen unter bestimmten Voraussetzungen eine Möglichkeit für Personen, sich antisemitisch zu äußern oder antisemitisch zu handeln. Dabei ist wichtig zu betonen, dass diese Gelegenheitsstrukturen nicht der Grund für antisemitische Äußerungen oder Handlungen sind. Sie bieten lediglich einen Rahmen für diese.“ Siehe Bundesverband RIAS e.V., Jahresbericht antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022, 27. Juni 2023. [Hier aufrufen: Jahresbericht antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022](#)

Abschließend soll an dieser Stelle auf die Grenzen der quantitativen Erfassung antisemitischer Vorfälle hingewiesen werden. Zum einen ist weiterhin von einem hohen Dunkelfeld im Bereich antisemitischer Vorfälle in Köln auszugehen. Zum anderen können die oben genannten Zahlen nur Auskunft zu konkreten gemeldeten antisemitischen Vorfällen geben, jedoch nur sehr begrenzt jenes Gefühl der akuten Bedrohungslage vermitteln, das viele Jüdinnen*Juden insbesondere seit dem 7. Oktober auch in Köln verspüren.³

Der Umfang dieses Jahresberichts ist aufgrund der Situation seit dem 7. Oktober deutlich größer als im Vorjahr. Wir fanden es jedoch wichtig, die Bedrohungslage, der sich Jüdinnen*Juden in Köln seither ausgesetzt sehen, entsprechend umfangreich darzustellen.

3 Auch Nachrichten zu vereitelten Anschlagplänen, wie dem laut Presseberichten für den 1. Dezember 2023 geplanten Anschlag zweier junger Islamisten, die unter anderem eine Synagoge in Köln als Anschlagziel ausgesucht haben sollen, können in der jüdischen Gemeinschaft verständlicherweise zu einem verstärkten Gefühl der Bedrohung und Verunsicherung führen. Online unter: www.tagesschau.de

3

STATISTISCHE DARSTELLUNGEN

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN KÖLN 2023 NACH ...

STADTBEZIRK

01. JANUAR BIS
31. DEZEMBER 2023

11
Ehrenfeld

2
Nippes

12
Mülheim

14
Lindenthal

92
Innenstadt
Im Bezirk Innenstadt
wurden mit 52% die
meisten antisemitischen
Vorfälle dokumentiert.

3
Kalk

1
Rodenkirchen

7
Porz

34
Geographisch
nicht zuzuordnen

152

**verletzendes
Verhalten**

27

davon
Versam-
mlungen

8

Angriffe

7

Bedrohungen

7

**gezielte
Sachbeschädigung**

2

**Massen-
zuschriften**

ART DES VORFALLS

In 69 Fällen
waren
Individuen
betroffen.

28
Einzel-
personen

Nicht-jüdisch

In 41 Fällen
waren
Institutionen
betroffen.

35
Einrich-
tungen

Nicht-jüdisch

41
Einzel-
personen

Jüdisch oder
als jüdisch
adressiert

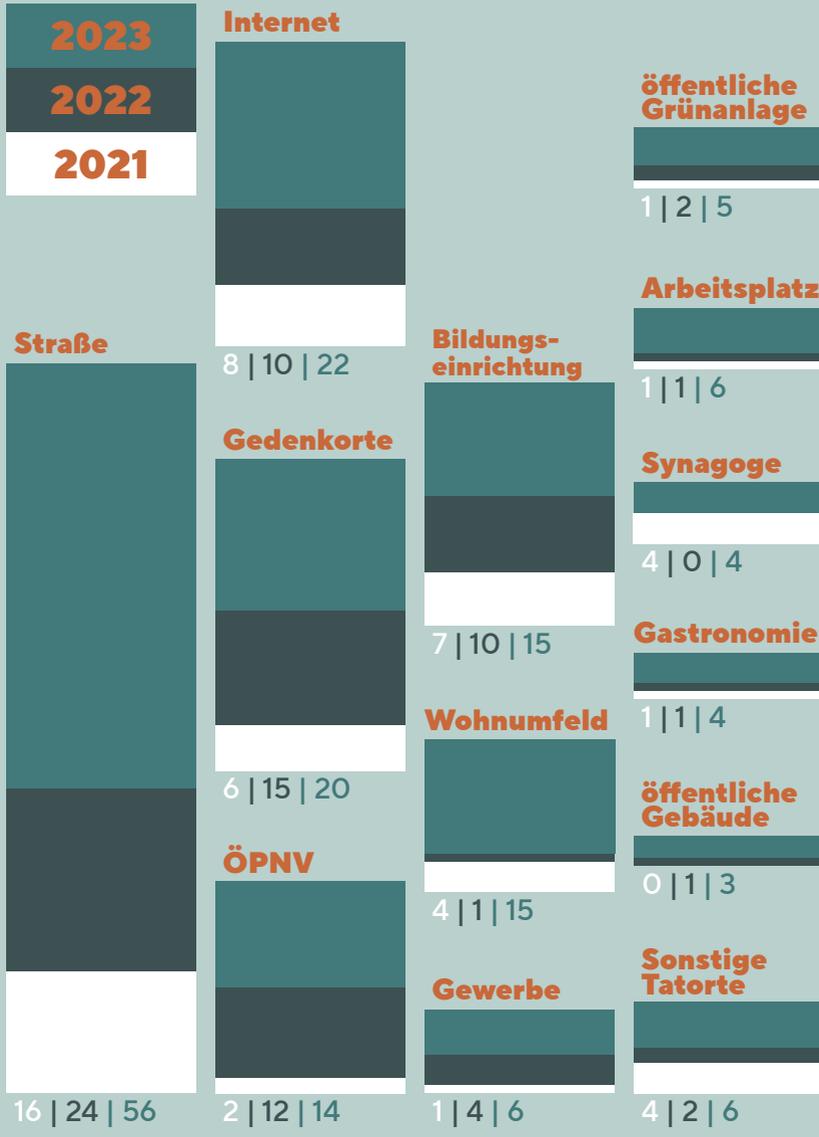
66
Keine
Betroffenen

6
Einrich-
tungen

Jüdisch oder
als jüdisch
adressiert

VORFÄLLE NACH BETROFFENEN

TATORTE



POLITISCHER HINTERGRUND

- 
- 0,6 %** Christlicher Fundamentalismus
 - 1,7 %** Islamisch / Islamistisch
 - 2,3 %** Rechtsextrem
 - 2,8 %** Verschwörungsideologisch
 - 3,9 %** Links/Antiimperialistisch
 - 7,4 %** Antiisraelischer Aktivismus
 - 77,3 %** Unbekannt
 - 3,9 %** Sonstiges

ERSCHEINUNGSFORMEN

97 (55%) Israelbezogener Antisemitismus

60 (34%) Othering

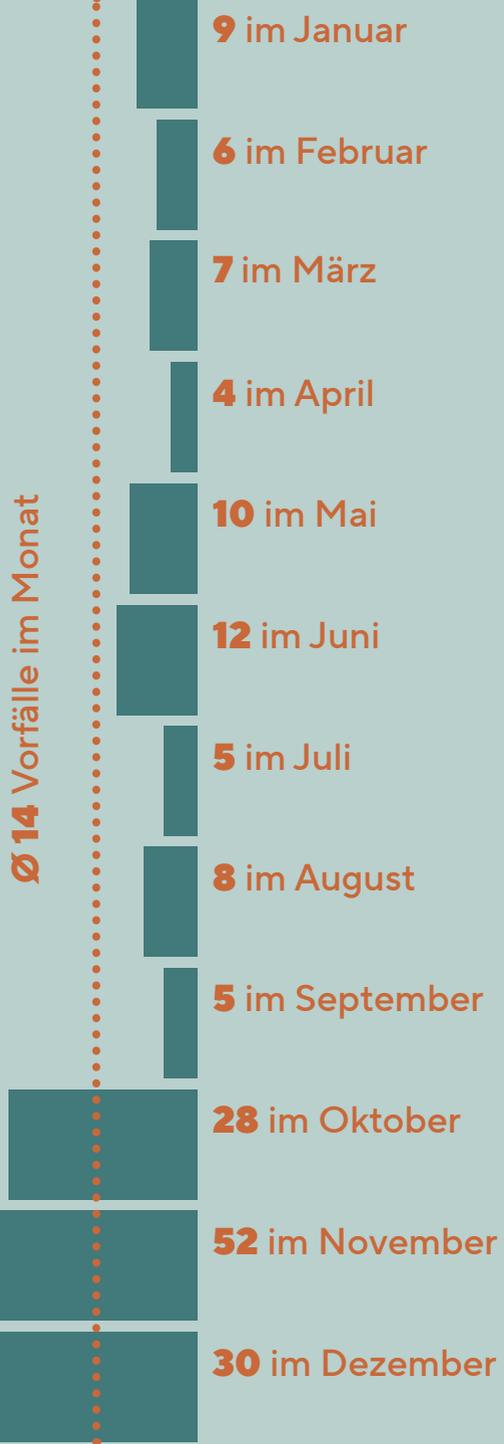
57 (32%) Post-Schoa
Antisemitismus

18 (10%)
Moderner Antisemitismus

6 (3%) Antijudaistischer
Antisemitismus

Häufig können antisemitische Aussagen im Rahmen eines Vorfalls mehreren Erscheinungsformen zugeordnet werden. Deshalb ist die Anzahl von Zuordnungen größer als die Anzahl der insgesamt dokumentierten Vorfälle.

MONATEN



4

Beispiele und Analysen antisemitischer Vorfälle

Insgesamt wurden im Jahr 2023 acht *Angriffe*, sieben *Bedrohungen*, sieben *gezielte Sachbeschädigungen*, zwei *Massenzuschriften* und 152 Vorfälle der Kategorie *verletzendes Verhalten* dokumentiert.

Im Folgenden werden die von der Kölner Meldestelle verwendeten Kategorien zunächst definiert, anschließend anhand der 2023 erfassten Vorfälle analysiert sowie über ausgewählte Beispiele konkretisiert. Analysiert wurden die Vorkategorie *Angriffe*, *Bedrohungen*, *gezielte Sachbeschädigungen*, *verletzendes Verhalten* und *Massenzuschriften*.

.....

4 Die Kölner Meldestelle richtet sich bei der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle nach dem vom Bundesverband RIAS e.V. entwickelten Kategoriensystem. Die in Köln erfassten Vorfälle können so in die bundesweite RIAS-Statistik einfließen. Vorfälle der Kategorie *Extreme Gewalt* wurden im vergangenen Jahr in Köln nicht dokumentiert. Dieser Kategorie werden physische Angriffe oder Anschläge zugeordnet, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu der Kategorie gehören auch Entführungen, Messerangriffe oder Schüsse. Zuletzt wurde mit Blick auf den Brandanschlag auf das Friedhofsgebäude der Synagogen-Gemeinde Köln im Mai 2022 ein solcher Fall in Köln erfasst.

ANGRIFFE

Als *Angriff* wird jeder körperliche Angriff auf eine oder mehrere Personen gewertet, der nicht lebensbedrohlich ist und keine schweren körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, in denen es den Betroffenen gelingt, sich dem Angriff durch Verteidigung oder Flucht zu entziehen. In acht erfassten Fällen wurden 2023 Menschen aus antisemitischen Motiven körperlich angegriffen. Im Vergleich zum Vorjahr (zwei Angriffe) ist in dieser Kategorie somit ein überproportional hoher Anstieg festzustellen. Sechs von acht Angriffen ereigneten sich im Kontext von Versammlungen nach dem 7. Oktober. Von den anderen beiden Angriffen waren jeweils eine Jüdin, die aufgrund jüdischer Symbolik zum Tatzeitpunkt als solche zu erkennen war, sowie ein nicht-jüdischer Schüler betroffen.

Köln, Januar 2023

Ein Schüler wurde von mehreren Schulkameraden aus antisemitischer Motivation körperlich angegriffen. Dem Übergriff ging wochenlanges Mobbing voraus. Auf weitere Hintergründe wird aus Gründen des Betroffenen schutzes verzichtet.

Altstadt-Nord,

10. Dezember 2023

Mehrere Teilnehmer*innen einer israelfeindlichen Demonstration am Breslauer Platz versuchten, die hier anwesenden Gegenprotestierenden zu attackieren, die Israel-, Ukraine- und Antifa-Fahnen zeigten. Dabei verhielt sich ein Mann besonders übergriffig, der an einer langen Stange eine mit Blut bzw. roter Farbe beschmierte Babypuppe befestigt hatte und versuchte, damit den Gegenprotest anzugreifen. Es ergab sich eine kurze Rangelei mit anwesenden Polizist*innen, woraufhin der Mann von anderen Teilnehmenden der israelfeindlichen Demo zum Weitergehen gebracht wurde.

BEDROHUNGEN

Als *Bedrohung* gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen oder Sachen. Die konkrete Adressierung ist gegeben, wenn die Bedrohung sich gegen eine bestimmte Person, eine bestimmte Personengruppe oder eine bestimmte Institution richtet.

2023 sind der Meldestelle sieben Bedrohungen im Zuge antisemitischer Anfeindungen bekannt geworden. Wie bei den Angriffen ist damit auch in dieser Kategorie ein deutlicher Anstieg festzustellen (2022: zwei Bedrohungen). In drei Fällen wurden die Bedrohungen von Angesicht zu Angesicht geäußert; die übrigen vier Bedrohungen wurden per Post, Telefon, E-Mail und per Direktnachricht in einem sozialen Netzwerk getätigt.

Neustadt-Nord,

19.11.2023

Am Rande einer Demonstration wurde ein Mann mit einer Fahne, auf der u.a. ein Davidstern abgebildet war, als „Scheiß Jude“ bezeichnet. Als sich der Betroffene verbal zur Wehr setzte, drohte ihm der Mann mit den Worten: „Wenn du nicht abhaust, wird dir etwas passieren!“ Der Betroffene erstattete noch vor Ort Anzeige gegen den Mann.

GEZIELTE SACH- BESCHÄDIGUNG

Ein antisemitischer Vorfall muss sich nicht zwangsläufig gegen Einzelpersonen richten. Häufig entlädt sich antisemitischer Hass auch an Gebäuden oder Objekten, die von Täter*innen mit Jüdinnen *Juden in Verbindung gesetzt werden. Als *gezielte Sachbeschädigungen* werden z.B. antisemitische Graffiti oder Aufkleber an jüdischem Eigentum gewertet.

Auch Beschädigungen von Schoa-Gedenkortern gelten als antisemitische Sachbeschädigungen. Im Jahr 2023 dokumentierte die Kölner Meldestelle sieben antisemitisch motivierte Sachbeschädigungen im Stadtgebiet. In drei Fällen wurden dabei Stolpersteine und Tafeln in Erinnerung an jüdische Opfer des Nationalsozialismus zum Ziel mutwilliger Beschädigung. Darüber hinaus richteten sich die erfassten Sachbeschädigungen in zwei Fällen gegen jüdische Einrichtungen. In weiteren zwei Fällen fanden die Sachbeschädigungen im Wohnumfeld der Betroffenen statt.



Neustadt-Nord, 16.11.2023

Köln, 22.11.2023

Neustadt-Nord,

16.11.2023

Am Theodor-Heuss-Ring wurden drei Stolpersteine in Erinnerung an Hermann und Marianne Stern sowie an Johanna Cohen mit weißer Farbe übergossen.

Köln, 22.11.2023

Am Morgen des 22. Novembers stellten Mitarbeitende eines israelischen Restaurants fest, dass ein Aufkleber gezielt am Aushang des Restaurants angebracht wurde, sodass das Menü für Passant*innen teilweise nicht mehr zu lesen war. Es handelt sich um einen Aufkleber mit dem Logo von Amnesty International (AI). Auf Nachfrage distanzierte sich der Kölner Bezirk von AI von dem Sticker und bezeichnete diesen als „Fälschung“.

VERLETZENDES VERHALTEN

Die Kategorie *verletzendes Verhalten* umfasst sämtliche Vorfälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text oder das Gesprochene antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren umfasst diese Kategorie schriftliche oder verbale antisemitische Aussagen, die sich gegen nicht-jüdische Institutionen und Personen richten, sowie antisemitische Graffiti oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum.⁵

Für das Jahr 2023 wurde in 152 Vorfällen verletzendes Verhalten dokumentiert; diese Kategorie macht mit

5 Antisemitische Texte, die sich an mehr als zwei Adressat*innen richten oder auf ein möglichst breites Publikum zielen, werden hingegen in der Kategorie Massenzuschriften behandelt. Versammlungen (Demonstrationen, Kundgebungen) werden als *verletzendes Verhalten* gewertet, wenn der Aufruf zur Versammlung und bei der Versammlung gerufene Parolen, Transparente, Plakate o. Ä. antisemitische Inhalte aufweisen.

86% den mit Abstand größten Teil der dokumentierten Vorfälle aus.

55 Vorfälle mit verletzendem Verhalten richteten sich gegen Personen, davon waren in 34 Fällen Jüdinnen*Juden betroffen. Zudem wurden 30 jüdische wie nicht-jüdische Institutionen oder zivilgesellschaftliche Organisationen angefeindet.

Zu bemerken ist der drastische Anstieg der Vorfälle dieser Kategorie im Vergleich zum Vorjahr (2022: 65 Fälle, Steigerung um 133,8%). Diese Veränderung steht in einem direkten Zusammenhang mit der generellen Häufung antisemitischer Vorfälle seit dem Massaker vom 7. Oktober und dem daran anschließenden Krieg im Gaza-Streifen. Dieser Themenkomplex wird in den [Kapiteln 5.1](#) und [5.2](#) eingehender betrachtet. Die folgenden Beispiele stammen daher überwiegend aus dem Zeitraum vor dem 7. Oktober 2023.

Altstadt-Nord,

04.02.2023

Im Eingangsbereich des Kölner Hauptbahnhofs folgte ein Mann einer Jüdin auf den Bahnsteig und beschimpfte sie dabei antisemitisch und sexistisch. Die Meldende erinnerte sich zum Zeitpunkt der Meldung nur noch an eine Beleidigung unter vielen („Du Judenschlampe!“). Die Betroffene trug an dem Tag ihre Davidsternkette offen am Hals, an ihrem Rucksack befand sich zusätzlich ein Button, auf dem ebenfalls ein Davidstern zu sehen war. Mehrere Passant*innen wurden wegen der laut geäußerten Beschimpfungen auf die Situation aufmerksam. Vom Verhalten wirkte der etwa 40-jährige Täter sehr aggressiv und gewaltbereit. Ein Mitarbeiter der Deutschen Bahn schritt ein und forderte den Mann auf, die Betroffene in Ruhe zu lassen. Der Mann ging erst nach mehrfacher Aufforderung und spuckte der Frau vorher noch vor die Füße.

Das Beispiel verdeutlicht, dass es sich bei Antisemitismus für Jüdinnen*

Juden um ein potenziell alltagsprägendes Phänomen handelt, das ein permanentes Abwägen zwischen der eigenen Sichtbarkeit und dem Sicherheitsrisiko, beleidigt oder bedroht zu werden, zur Folge hat. Auch treten Antisemitismuserfahrungen häufig nicht alleine auf, sondern in Kombination mit weiteren Diskriminierungsformen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen, wie auch das nächste Beispiel zeigt:

Altstadt-Süd,

15.06.2023

Der Meldende, aktives Mitglied einer jüdischen Gemeinde, betrat am 15. Juni zusammen mit einem Freund einen Imbissladen in der Innenstadt. Nachdem der Meldende Trinkgeld gegeben hatte, wurde er von einem Mitarbeiter gefragt, ob er „Zigeuner“ sei. Der Betroffene verneinte dies und fragte zurück, wie er denn jetzt darauf gekommen sei. Ohne zu wissen, dass sein Gegenüber Jude war, antwortete der Mitarbeiter: „Weil die Zigeuner immer ordentlich Trinkgeld geben, wohingegen die Juden geizig sind, weil sie wenig bis gar kein Trinkgeld geben!“

In beiden genannten Beispielen von verletzendem Verhalten trafen die Betroffenen nur vorübergehend auf die sich antisemitisch äussernden Personen. Doch auch in längerfristigen Begegnungskontexten, wie etwa in der Schule oder am Arbeitsplatz, wurden Kölner Jüdinnen*Juden im letzten Jahr antisemitisch adressiert:

Köln, 14.06.2023

Bei der Arbeit zeigte ein Kollege mit dem Finger auf die Davidsternkette der Betroffenen und fragte, ob sie sich „deshalb“ nicht mit ihm unterhalten würde und ob sie „alle Deutschen hasst“. Die Betroffene schaute den Kollegen verwirrt an und fragte nach Erläuterung. Daraufhin sagte er: „Na, ihr Juden habt ja alle ein bisschen einen Opferkomplex, da würde mich das ja nicht wundern.“ Die Betroffene beendete das Gespräch an dieser Stelle, indem sie sich wieder ihrem Computerbildschirm zuwandte und weiterarbeitete.

Eine besondere Unterkategorie von verletzendem Verhalten stellt die Diskriminierung dar. Dabei handelt es sich um eine Benachteiligung aufgrund von tatsächlicher oder angenommener Zugehörigkeit zum Judentum beim Zugang zur Erwerbstätigkeit, Bildung, Beratung oder der Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen (einschließlich Wohnraum) sowie bezüglich der Arbeitsbedingungen, Mitgliedschaften, dem Sozialschutz oder sozialen Vergünstigungen.

Im letzten Jahr dokumentierte die Kölner Meldestelle vier Vorfälle antisemitisch motivierter Diskriminierung. Die Vorfälle ereigneten sich in zwei Fällen im Wohnumfeld sowie einmal im öffentlichen Personennahverkehr und in einem Gewerbe.

Deutz, 20.08.2023

Ein aus den Niederlanden stammender Jude befand sich auf der Durchreise, als er am Bahnhof Köln-Messe/Deutz von einem Mitarbeiter der Deutschen Bahn antisemitisch angefeindet wurde. Aufgrund von Zugverspätungen und -umleitungen begab sich der Betroffene zum Schalter des Service/Info Point, um Klarheit über den weiteren Reiseverlauf zu erhalten. Nachdem er um Hilfe gebeten hatte, antwortete ein anderer Mitarbeiter, der ebenfalls am Schalter war, sehr harsch, fast schon schreiend: „Nur, weil Sie so ein Ding da auf dem Kopf haben, werden wir Sie jetzt nicht besser behandeln! Immer macht ihr Leute so ein Drama!“ Der Betroffene trug eine Kippa, auf die sich der Mitarbeiter offensichtlich bezog.

In knapp 45% aller Fälle von verletzendem Verhalten gab es keine direkt betroffenen Personen oder Institutionen, wie etwa bei nichtadressierten Aufklebern, Graffitis oder Plakaten auf Versammlungen.

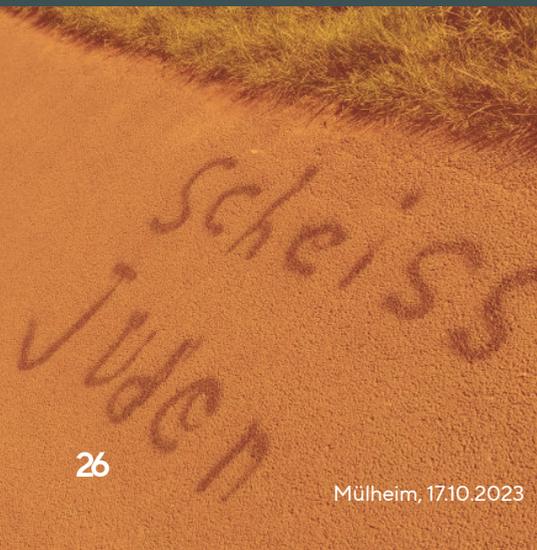
Neustadt-Süd,

24.06.2023

In der Roonstraße, nahe der Synagoge, wurden an mehreren Ampeln und Straßenschildern mindestens fünf Aufkleber mit der Aufschrift „Boycott Israeli Apartheid“ gefunden. Der Hintergrund des Aufklebers ist in den Farben der palästinensischen Flagge (Schwarz, Rot, Grün) gehalten und im Mittelpunkt sind die Umrisse des israelischen Staatsterritoriums inklusive der palästinensischen Gebiete zu sehen, visuell einheitlich im schwarz-weiß Farbmuster einer palästinensischen Kufija dargestellt. Die Abbildung macht deutlich, dass der Boykott Israels als Mittel zur Zerstörung des einzigen jüdischen Staates der Welt verfolgt wird.

Mülheim, 17.10.2023

Im Stadtteil Buchheim wurde eine antisemitische Schmiererei auf dem Boden entdeckt.



VERSAMMLUNGEN

Als antisemitische *Versammlung* zählt die Meldestelle Demonstrationen oder Kundgebungen unter freiem Himmel sowie öffentlich zugängliche Veranstaltungen in geschlossenen Räumen, wenn entweder auf den Versammlungen selbst (in Form von Wortbeiträgen, gerufenen Parolen, gezeigten Transparenten oder verteilten Propagandamaterialien) oder in den Ankündigungen und Aufrufen zur Versammlung antisemitische Inhalte feststellbar sind. Sie werden als eine spezifische Form des verletzenden Verhaltens gewertet. Kommt es im Kontext solcher Versammlungen zu Bedrohungen, Angriffen oder Sachbeschädigungen, so werden diese in der entsprechenden Kategorie als eigene Vorfälle registriert.

Im letzten Jahr wurden 27 Versammlungen im Stadtgebiet dokumentiert, auf denen antisemitische Äußerungen oder Handlungen getätigt wurden.

Altstadt-Nord,

19.06.2023

Auf einer verschwörungs-ideologischen Kundgebung verbreitete ein Redner mit Blick auf die staatlichen Gegenmaßnahmen zur Corona-Pandemie Schoa-relativierende Vergleiche. Wörtlich: „[zu Beginn der Ansprache] Wer 1933 nicht Juden an die Nazis verraten hat, bekam keinen Arier-Stempel. [Gegen Ende der Ansprache] Ich begann meine Rede mit der verbrecherischen emotionalen Erpressung der Nazis gegen die eigene Bevölkerung. Die exakt gleiche Psychologie wurde 2021 zur 2G-Zeit angewendet.“ Außerdem sprach der in der örtlichen verschwörungsideologischen Szene bekannte Redner von seiner „persönlichen Angst vor Ungeimpften-KZs“.

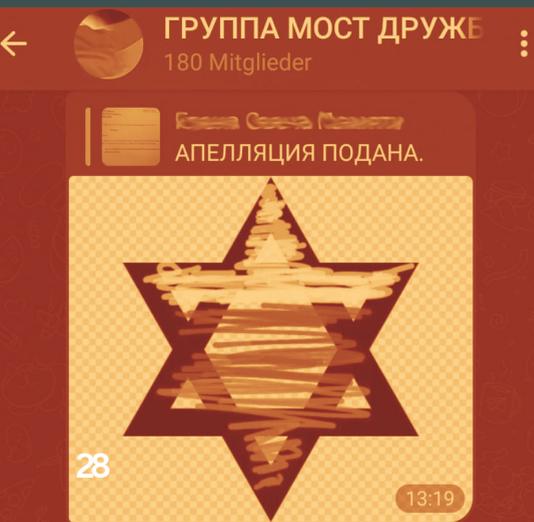
Lindenthal, 06.06.2023

Die bekannte Pro-Putin-Aktivistin Elena Kolbasnikova heftete sich vor dem Kölner Landgericht einen „Judenstern“ an die Brust, um gegen

Zwei Drittel aller 2023 dokumentierten Versammlungen fanden im kurzen Zeitraum vom 7. Oktober bis zum 31. Dezember 2023 statt. Entsprechende Beispiele werden weiter unten im Kapitel 5.2 (S. 68) gesondert betrachtet.

das dort gegen sie gefällte Urteil zu protestieren. Der sechszackige Stern war dabei in den Farben der russischen Nationalfahne bemalt, womit zum Ausdruck gebracht werden sollte, dass Russ*innen heutzutage in Deutschland verfolgt würden, wie Jüdinnen* Juden in der NS-Zeit. Die Richterin forderte Kolbasnikova auf, den Stern von der Brust abzunehmen, was diese auch tat. Vertreten wurde die pro-russische Aktivistin vom rechtsextremen Szene-Anwalt Markus Beisicht. Einige Monate zuvor hatte Kolbasnikova in einem Interview behauptet, Russland sei kein Aggressor, sondern helfe dabei, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Für diese billigen- den Äußerungen in Bezug auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wurde ihr an dem Tag eine Geldstrafe von 900 Euro auferlegt.

„Ein „Judenstern“ (in den Farben der russischen Flagge) in Kolkbasnikovas Telegram-Gruppe, 07.06.2023.“



MASSEN- ZUSCHRIFTEN

Als *Massenzuschriften* kategorisiert die Meldestelle antisemitische Texte, die sich an mindestens zwei Adressierte richten oder die auf andere Art und Weise ein möglichst breites Publikum erreichen sollen. Auch Texte ohne explizit antisemitische Inhalte werden als Vorfälle aufgenommen, wenn sie gezielt an Jüdinnen*Juden verschickt werden und NS-verherrlichende oder -verharmlosende Aussagen beinhalten.

Im Jahr 2023 wurden mit zwei Vorfällen vergleichsweise wenig antisemitische Massenzuschriften dokumentiert. Es handelt sich somit neben gezielten Sachbeschädigungen (2022: acht Fälle, 2023: sieben Fälle) um die einzige Kategorie, in der die Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr gesunken sind (2022: vier Fälle). In den beiden dokumentierten Fällen wurden die Massenzuschriften per

Köln (online), 07.11.2023

Mindestens acht Lehrkräfte einer Kölner Schule erhielten eine E-Mail von einem anonymen Verfasser, in der dezidiert antisemitische Verschwörungsmymen geäußert wurden. Sowohl die US-amerikanische Politik als auch die weltweite Medienlandschaft stünden „unter jüdischer Kontrolle“. Der E-Mail waren mehrere Anhänge beigefügt, in denen Hetze gegen Jüdinnen*Juden und weitere Minderheiten betrieben und der Holocaust geleugnet wurde. Historisch betrachtet seien sowohl der „Aufstieg der USA zur Weltmacht“ als auch die „Weltrevolution des jüdischen Bolschewismus“ vor dem Hintergrund einer sich etablierenden jüdischen Weltverschwörung zu verstehen. Letztere werde heutzutage von „Zionisten“ und „Globalisten“ unter den Schlagworten „Neue Weltordnung“ und „Great Reset“ weiter gefördert.

E-Mail versendet. Wie im Bereich der Massenzuschriften nicht selten, wurden auch hier in beiden Fällen auf inhaltlicher Ebene eine Vielzahl antisemitischer Zuschreibungen und Stereotype bedient, die gleich mehreren Erscheinungsformen von Antisemitismus zuzuordnen sind.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE NACH ERSCHEINUNGSFORM

Antisemitische Vorfälle können neben der Art des Vorfalls auch nach weiteren Kategorien analysiert werden, etwa nach der inhaltlichen Erscheinungsform oder dem politischen Hintergrund der Täter*innen. Nachfolgend finden sich weitere Beispiele antisemitischer Vorfälle, die die jeweils zugehörigen Kategorien exemplarisch verdeutlichen.

ANTISEMITISCHES OTHERING

Im antisemitischen *Othe-
ring* werden Jüdinnen*Ju-
den als fremd oder nicht-
zugehörig zur jeweiligen
Mehrheitsgesellschaft
beschrieben. Das ist bei-
spielsweise der Fall, wenn
jüdische oder nicht-jü-
dische Institutionen oder
Personen als „Jude“ be-
schimpft oder als jüdisch
markiert werden.

Altstadt-Nord,
20.02.2023

An Rosenmontag wurde ein Mitglied eines offen als jüdisch auftretenden Karnevalsvereins während des Karnevalszuges antisemitisch beleidigt. Nachdem der Betroffene etwas „Kamelle“ (Bonbons) auf eine Tribüne geworfen hatte, forderte ihn eine etwa 50-jährige Frau dazu auf, die heruntergefallene Kamelle aufzusammeln und ihr zu geben. Der Karnevalist entgegnete, dass er aufgrund des sich in Bewegung befindlichen Zuges leider nicht stehen bleiben könne, und drehte sich um. Ein anderes Mitglied des Karnevalsvereins hörte die Frau an dieser Stelle laut und deutlich „Scheiß Jude!“ sagen. Es war das erste Mal seit Beginn der NS-Zeit, dass ein jüdischer Karnevalsverein am Rosenmontag mit eigenem Festwagen vertreten war.

POST-SCHOA- ANTISEMITISMUS

Post-Schoa-Antisemitismus bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt oder diese bagatellisiert wird. Häufig äußert sich Post-Schoa-Antisemitismus in Form von Täter-Opfer-Umkehr, der Verwendung von NS-Symbolen oder Parolen in einem weiteren antisemitischen Kontext, der Leugnung und Relativierung der Schoa und der Verhöhnung ihrer Opfer.

Köln, 27.01.2023

Auf dem Nachhauseweg von der Schule wurde einem jüdischen Schüler von einem Mitschüler zugerufen: „Ab nach Auschwitz!“ Zwei weitere Schüler waren anwesend und hörten die Anfeindung. Der Vorfall ereignete sich am 27. Januar, dem Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Die Schulleitung kündigte nach Bekanntwerden des Vorfalls an, disziplinarische Maßnahmen gegen den Mitschüler zu ergreifen.

ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS

Im *israelbezogenen Antisemitismus* werden antisemitische Symbole und Bilder verwendet, um Israel oder Israelis zu beschreiben. Auch wenn Israels Existenzrecht verneint wird, indem es etwa als rassistisches oder koloniales Unterfangen diffamiert wird, liegt israelbezogener Antisemitismus vor, ebenso, wenn Jüdinnen*Juden kollektiv für tatsächliche oder vermeintliche Handlungen Israels verantwortlich gemacht werden. Auch die Dämonisierung oder Delegitimierung Israels sowie die Anwendung doppelter Standards auf Israel fallen hierunter.

Innenstadt, 15.08.2023

Im Rahmen eines Workshops zu politischer Bildung behauptete ein Teilnehmer, dass sich im jüdischen Gemeindezentrum in der Ottostraße „ein Büro des Mossad“ [israelischer Auslandsgeheimdienst] befinde. Trotz vehementen Widerspruchs durch andere Anwesende ließ sich der Teilnehmer nicht beirren und wiederholte die Aussage.

MODERNER ANTISEMITISMUS

Wird Jüdinnen*Juden eine besondere politische, mediale oder ökonomische Übermacht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmysmen, so wird dies dem *modernen Antisemitismus* zugerechnet. Dabei wird häufig die Vorstellung kolportiert, „die Juden“ hätten insgeheim „die Fäden in der Hand“ oder „kontrollierten die Medien“. Gerade der moderne Antisemitismus artikuliert sich häufig codiert und chiffriert: Es wird selten offen von „den Juden“ gesprochen, häufig treten an ihre Stelle antisemitische Feindbilder wie etwa „Rothschild“, „die Illuminaten“, „George Soros“ oder „die Zionisten“.

Altstadt-Nord,
14.01.2023

Eine Kölner Bildungseinrichtung bewarb auf Facebook eine bevorstehende antisemitismuskritische Veranstaltung. Ein Nutzer kommentierte den Post mit den Worten: „Was ist mit Christenverfolgung? Abschaffung der christlichen Kultur in Europa? Was ist mit Antisemitismus durch den Islam? Was ist mit Rassismus gegen Ungeimpfte? Und ist es Antisemitismus, wenn man die Tatsachen beim Wort nennt? Z.B. dass das amerikanische Finanzjudentum die Strippen auf der Welt zieht?“

ANTIJUDAISMUS

Im *Antijudaismus* werden religiös begründete Stereotype gebraucht, so etwa im Fall des Vorwurfs, Jüdinnen*Juden seien für den Tod Jesu Christi verantwortlich. Auch antisemitische Ressentiments gegen die jüdische Religion, ihre Praktiken und Schriften fallen darunter. Antijudaismus muss nicht zwingendermaßen einen christlichen Hintergrund haben.

Köln, 16.07.2023

Eine Privatperson erhielt eine E-Mail von einer unbekanntem Adresse, in der gefordert wird, dass „wir [...] in Deutschland den Satanismus und Satan aus unserem Land vertreiben“, dies sei „die einzige Chance die uns bleibt um Deutschland und das Deutsche Volk zu retten und die Bibel gibt uns Recht.“ Im weiteren Verlauf wird offengelegt, wer für alle Missstände auf der Welt verantwortlich gemacht wird: „die Juden“, die „Millionen von Migranten aus Afrika und aus Arabien“ einführen würden, mit dem Ziel, „uns auszurotten“.

POLITISCHER HINTERGRUND

RECHTSEXTREM/ RECHTSPOPULIS- TISCH

Als *rechtsextrem/rechts-populistisch* werden anti-semitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechts-populistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für anti-moderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind u.a. die Vorstellungen von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen) und das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“).⁶

.....
⁶ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze, S. 16 ff [Hier aufrufen: Inhaltliche und methodische Grundsätze](#)

Altstadt-Nord,
12.08.2023

Ein Besucher mit rechtsextremer Szene-Kleidung störte eine Führung im NS-Dokumentationszentrum. Als sich eine 5-köpfige Gruppe gerade in jenem Raum befand, in dem es um die NS-Verfolgung von Jüdinnen*Juden in Köln geht, zeigte ein anderer Besucher, der nicht zur Führung gehörte, mit dem Finger auf die Exponate an der Wand und sagte: „Das ist falsch“. Der offenbar alkoholisierte Mann trug Kleidung der rechtsextremen Szene-Marke Thor Steinar.

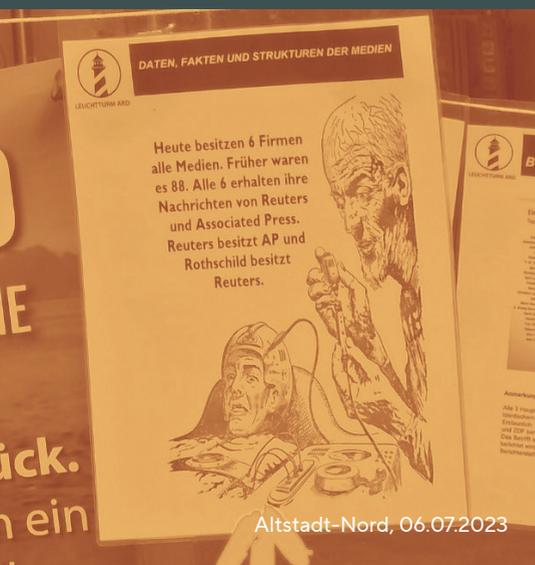
VERSCHWÖRUNGS- IDEOLOGISCH

Einem *verschwörungs-ideologischen* Milieu werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmysmen im Vordergrund steht.

Altstadt-Nord,

06.07.2023

Vor dem Sitz des WDR organisierte das verschwörungs-ideologische Spektrum im Rahmen der sogenannten Aktion Leuchtturm ARD regelmäßig Demonstrationen, um eine vermeintliche „Manipulation“ der Gesellschaft durch die Medien anzuprangern. Zu den aufrufenden Akteuren gehörte insbesondere die verschwörungsideologische Partei Die Basis. Am 6. Juli wurde auf der Kundgebung auch ein Schild gezeigt, auf dem behauptet wurde, dass sich letztlich „alle Medien“ im Besitz der jüdischen Familie Rothschild befänden, was einen klassischen antisemitischen Verschwörungsmythos darstellt.



Altstadt-Nord, 06.07.2023

ANTIISRAELISCHER AKTIVISMUS

Vorfälle werden dem Milieu des *antiisraelischen Aktivismus* zugeordnet, wenn die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu überwiegt. Zum antiisraelischen Aktivismus können beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen oder andere Aktivist*innen zählen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Mülheim, 15.04.2023

Nach dem Verbot zweier Kundgebungen der palästinensischen Gruppierung Samidoun in Berlin fand am 15. April in Köln-Mülheim eine israelfeindliche Demonstration mit etwa 30 Teilnehmer*innen statt. Auf der Demo dominierten palästinensische Fahnen, solche von Samidoun sowie zwei Plakate mit arabischen Parolen. Letztere wurden später wegen Gewaltbefürwortung konfisziert. In einer Rede sagte ein Wortführer von Samidoun: „Das Recht auf Rückkehr ist heilig. Palästina ist arabisch vom Meer bis zum Fluss, unabhängig davon, ob es gefällt.“ Nach etwa einer Stunde zog die Demo vom Bahnhof in Mülheim über die Frankfurter Straße zum Wiener Platz. Nachdem mehrere Demonstrationsteilnehmende zu Gewalt gegen das israelische Volk aufgerufen hatten, wurde die Demonstration von der Polizei aufgelöst.

ISLAMISCH/ ISLAMISTISCH

Als *islamisch/islamistisch* werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islamverständnisse, darunter auch islamistische.

**Neustadt-Nord,
19.08.2023**

Während einer Taxifahrt äußerte ein Taxifahrer gegenüber seinem (nicht-jüdischen) Fahrgast antisemitische Zuschreibungen. Der Meldende berichtet, dass der Taxifahrer von Beginn an viel und ununterbrochen redete – insbesondere von seinem islamischen Glauben und dass Allah ihn beschütze. Unwohl fühlte der Passagier sich erst, als der Taxifahrer ihn von einer Konversion zum Islam überzeugen wollte. Außerdem begann der Taxifahrer, sich immer weiter in Rage zu reden. Dann behauptete er plötzlich, dass der Prophet Mohammed wisse, dass die Juden Jesus getötet hätten und dass die „zionistische Rothschild-Bande“ versuchen werde, die Macht zu übernehmen und nur durch Allah gestoppt werden könne. Dass es einen „Geheimplan für die Weltübernahme“ der Juden gebe, könne man in den Werken Theodor Herzls nachlesen.

CHRISTLICH/ CHRISTLICHER FUN- DAMENTALISMUS

Unter *christlich/christlicher* Fundamentalismus werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums), bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Altstadt-Nord,
06.02.2023

Ein Mann, offensichtlich aus dem christlich-fundamentalistischen Milieu, hielt an einer belebten Straße in der Altstadt ein Schild hoch, auf dem das Judentum, ebenso wie andere Religionen, als Sünde gebrandmarkt wurde. Auf der Vorderseite des Plakats stand dazu in großen Lettern: „JESUS. TUT BUßE GLAUBET DAS EVANGELIUM ODER HÖLLE“ [sic]. Das Wort Hölle ist dabei von Flammen umgeben.



LINKS/ANTI- IMPERIALISTISCH

Als *links/antiimperialistisch* werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltansicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Lindenthal, 22.11.2023

Am 22. November organisierte eine linke studentische Hochschulgruppe zusammen mit zwei antiimperialistischen außeruniversitären Gruppen am Albertus-Magnus-Platz eine Demonstration für „Frieden in Palästina“. Die Versammlung fand unmittelbar vor dem Hauptgebäude der Universität zu Köln statt. Laut Presseberichten stellte die Polizei etwa 10 Flugblätter oder Plakate sicher, die den Verdacht der Volksverhetzung erfüllten. In sozialen Netzwerken wurde zudem ein Video verbreitet, auf dem ein Redner der Demonstration am Mikrophon die Zerstörung des israelischen Staates fordert: „Am Ende lebt Palästina und am Ende wird Israel verschwinden!“

BETROFFENE

Der RIAS-Kategorisierung entsprechend unterscheidet die Kölner Meldestelle bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Jüdinnen, Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen wie beispielsweise nicht-jüdische Journalist*innen oder Politiker*innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein. Bei betroffenen Institutionen handelt es sich einerseits um religiöse wie weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen.

Neustadt-Süd,

22.07.2023

Am 22. Juli begab sich ein Besucher der Synagoge gegen 12:30 Uhr zu einem nahegelegenen Kiosk, in dem auch koschere Ware für Besucher*innen der Synagoge verkauft wird. Nachdem er den Weg zurück antrat, wurde der Betroffene von einer ihm unbekanntem männlichen Person mit den Worten angeschrien: „Da ist der Drecksjude, das Schwein, der Kindermörder!“

Der Betroffene ging schnell weiter. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Synagogen-Gemeinde wurde auf das Geschrei aufmerksam und kam dem Betroffenen entgegen. Der Täter konnte entkommen. Der Betroffene war zum Tatzeitpunkt aufgrund von Kippa und Zizit (religiöse Schaufäden an den Ecken des Kleidungsstückes) als jüdisch zu erkennen. Ende November veröffentlichte die Polizei Köln ein Fahndungsfoto von dem Tatverdächtigen; ob ein Täter ermittelt werden konnte, ist nicht bekannt.

Andererseits können auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie andere, als jüdisch wahrgenommene bzw. adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als ein Betroffener. Nicht zuletzt gibt es auch Vorfälle, denen keine direkten Betroffenen zugewiesen werden können. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern, Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall. Einige unterschiedliche Kontexte und Positionierungen von Seiten der Betroffenen lassen sich anhand nachfolgender Vorfälle beispielhaft nachvollziehen.

Köln, November 2023

Im Rahmen eines Praktikums in einem kleinen Betrieb sagte der Vorgesetzte zu einer Person, die einen für ihn jüdisch klingenden Namen trug: „Hitler hat nicht genügend Arbeit gemacht.“ Darüber hinaus hetzte der Mann wiederholt gegen Türk*innen. Auf weitere Hintergründe muss aus Gründen des Betroffenen schutzes verzichtet werden.

Lindenthal, 07.10.2023

In einer fahrenden U-Bahn beleidigte ein offenbar betrunkenen Mann einen anderen Fahrgast wiederholt mit den Worten „Scheiß Juden“. Der Betroffene sowie die anderen Anwesenden ignorierten den Mann, bis dieser aus der U-Bahn stieg. Der Vorfall ereignete sich am späten Nachmittag des 7. Oktobers. Es bleibt unklar, inwiefern ein Zusammenhang zu den Anschlägen der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung in den frühen Morgenstunden desselben Tages besteht.

5

Thematische Schwerpunkte

5.1

Antisemitische Vorfälle in Köln nach dem 7. Oktober

Nach dem Massaker der *Hamas* an der israelischen Zivilbevölkerung ist auch in Köln die Anzahl dokumentierter antisemitischer Vorfälle sprunghaft angestiegen. Während in den ersten neun Monaten des Jahres 66 Vorfälle gemeldet wurden, waren es im Zeitraum vom 7. Oktober zum 31. Dezember ganze 110 antisemitische Vorfälle, also 62,5% in weniger als drei Monaten. Im Durchschnitt verging vom 7. Oktober bis zum Jahresende somit kein einziger Tag ohne einen (dokumentierten) antisemitischen Vorfall in Köln.

Bei den 110 dokumentierten Vorfällen handelt es sich um sechs *Angriffe*, vier *Bedrohungen*, fünf *gezielte Sachbeschädigungen*, eine *Massenzuschrift* und 94 Fälle der Kategorie *verletzendes Verhalten*. Zur Kategorie *verletzendes Verhalten* gehören auch die insgesamt 18 Versammlungen im Kölner Stadtgebiet, auf denen antisemitische Vorfälle dokumentiert wurden und auf die im nächsten Teil des Kapitels eingegangen wird.⁷

Im Vergleich zur Gesamtzahl der 2023 erfassten Vorfälle sticht seit dem 7. Oktober insbesondere der überproportional hohe Anstieg in den Kategorien *Angriffe* und *Bedrohungen* ins Auge: sechs von insgesamt acht Angriffen und vier von insgesamt

⁷ Häufig wurden auf derselben israelfeindlichen Versammlung gleich mehrere antisemitische Äußerungen festgestellt – sowohl auf mitgeführten Plakaten als auch in Sprechchören und Redebeiträgen; dies wird in der Regel als ein Vorfall gezählt.

sieben Bedrohungen ereigneten sich zwischen dem 7. Oktober und dem 31. Dezember 2023. Die Datenlage zeigt insofern deutlich auf, dass der 7. Oktober und dessen Auswirkungen in Köln mit stark zunehmender antisemitischer Gewalt einhergingen.

Wenig überraschend stellt dabei der *israelbezogene Antisemitismus* die dominante Erscheinungsform innerhalb der hier dokumentierten Vorfälle dar (74 Vorfälle, 67%), gefolgt vom sogenannten *Othering* (35 Fälle, 32%). In 31 Fällen (28%) wurden Stereotype des *Post-Schoa-Antisemitismus* verbreitet, was sich in der Regel in Form von Leugnung, Relativierung oder Befürwortung der Schoa äußert.⁸ In einigen Vorfällen traten Erscheinungsformen verschränkt miteinander auf. Das ist beispielsweise der Fall, wenn Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland gleichgesetzt wird, sich also israelbezogener Antisemitismus mit Post-Schoa-Antisemitismus verbindet (18 Vorfälle). In weiteren 10 Fällen überschneiden sich hingegen israelbezogener Antisemitismus und antisemitisches Othering.

8 Außerdem wurden 5 Fälle bzw. 4,5% der Vorfälle dem modernen Antisemitismus zugeordnet; das bedeutet, dass antisemitische Stereotype über Macht und Reichtum von Jüdinnen*Juden geäußert wurden. Schließlich wurden zwei Vorfälle (1,8%) dem Antijudaismus, also religiös konnotiertem Antisemitismus, zugeordnet. Da im Rahmen eines einzelnen Vorfalls häufig mehrere Erscheinungsformen von Antisemitismus geäußert werden, übersteigt die Summe der Angaben 100%.

Mit Blick auf den politischen Hintergrund der seit dem 7. Oktober erfassten antisemitischen Vorfälle ist im Vergleich zu den ersten neun Monaten des Jahres insbesondere ein Zuwachs beim antiisraelischen Aktivismus (von 3 auf 10) und im Links-Antiimperialistischen Milieu (von 1 auf 6) festzustellen. Da ein politischer Hintergrund häufig nicht zweifelsfrei festzustellen ist, sind die Fallzahlen in diesem Bereich niedrig, was dazu führt, dass statistische Variationen nur bedingt aussagekräftig sind.

Nachfolgend werden konkrete Beispiele für antisemitische Vorfälle seit dem 7. Oktober in Köln geschildert, die sich in jeweils unterschiedlichen Kontexten bzw. an unterschiedlichen Tatorten im Kölner Stadtgebiet ereignet haben.



TATORTE



STRASSE

Am häufigsten wurden antisemitische Vorfälle in Köln nach dem 7. Oktober auf offener Straße dokumentiert (39 von 110 Vorfällen, 35%).

Direkte antisemitische Anfeindungen im öffentlichen Raum, ob auf der Straße oder im öffentlichen Nahverkehr, sind für Betroffene häufig besonders belastend, da sie einen unmittelbaren Angriff auf das eigene Sicherheitsgefühl darstellen. Immer wieder berichten Betroffene von Antisemitismus dabei von mangelnder Solidarität und Unterstützung durch anwesende Zeug*innen, wie das Beispiel vom 6. Dezember veranschaulicht.

Seit dem 7. Oktober ist am Tatort Straße auch ein deutlicher Anstieg antisemitischer Schmierereien und Aufkleber festzustellen. Wenn gleich weniger direkt als persönlich adressierte antisemitische Anfeindungen, können auch Schmierereien und Aufkleber im

Neustadt-Nord,

06.12.2023

Eine Kölner Jüdin wurde in einer U-Bahn antisemitisch angefeindet. Sie trug zum Zeitpunkt ein Shirt, auf dem hebräische Buchstaben zu sehen sind. Der offensichtlich betrunkene Mann näherte sich ihr und schrie: „Wir Türken schulden den Juden nichts, deshalb können wir ehrlich drüber reden, was für Lügner die Juden sind.“ Die Betroffene gibt an, dass sie bei der ersten Gelegenheit panisch die U-Bahn verließ, nicht zuletzt auch, weil niemand der sonst Anwesenden eingeschritten ist.

Altstadt-Nord,

26.11.2023

Auf offener Straße begann ein um die 30-Jahre alter Mann mit sehr lauter Stimme zu sagen: „Hitler hat alles richtig gemacht. Die Juden sind ein illegales Volk.“ Keiner der vielen vorbeilauenden Passant*innen positionierte sich gegen die Aussagen. Der Meldende rief die Polizei, die versicherte, einen Streifenwagen zuschicken.

öffentlichen Raum auf Betroffene von Antisemitismus bedrohlich wirken, insbesondere wenn in ihnen Vernichtungsfantasien geäußert werden. Darüber hinaus können antisemitische Botschaften auf der Straße einen Normalisierungseffekt bei nicht von Antisemitismus betroffenen Passant*innen begünstigen.

Altstadt-Nord,

09.11.2023

An der Glasfassade eines Einkaufszentrums wurde ein Hinweisschild antisemitisch beschmiert. Zwischen dem Hinweis „Bitte keine Fahrräder abstellen!“ wurden mit schwarzem Marker die Worte „Fuck Jews“ geschmiert.

Altstadt-Nord,

06.11.2023

An einer Rampe eines Skateboard-Parks wurde der Schriftzug „From the river to the sea... [Palestine will be free]“ gesprayt.



Altstadt-Nord, 09.11.2023



GEDENKORTE

Am zweithäufigsten wurden der Fachstelle im Zeitraum vom 7. Oktober bis Jahresende antisemitische Vorfälle an Gedenkorten gemeldet (17 Vorfälle). Meist wurde dabei das Gedenken an die (jüdischen) Opfer des Nationalsozialismus gestört oder die Opfer verhöhnt. Während bei öffentlichen Gedenkveranstaltungen vereinzelt Anfeindungen von Angesicht zu Angesicht dokumentiert wurden (wie die unten beschriebene Störung der Gedenkveranstaltung zum 9. November 2023), wurden Gedenkorte häufig beschmiert und beschädigt, ohne dass weitere Informationen zum Hintergrund der Tat ersichtlich wurden. Dies gilt beispielsweise bei Beschädigungen an Erinnerungsorten wie Stolpersteinen.

Neustadt-Süd,

08.11.2023

Am Vorabend des Jahrestages der Novemberpogrome fand ein Schweigegang mit Rund 2.500 Teilnehmenden vom Kölner Dom zur Synagoge am Rathenauplatz statt. An der Ecke Moltkestraße / Richard-Wagner-Straße wurde aus Richtung Innenstadt laut und für den Meldenden gut vernehmlich „Free Palestine“ gerufen. Durch das Rufen dieser (per se nicht zwingendermaßen antisemitischen) Parole wurde das Gedenken an Schoa-Opfer gestört.

Altstadt-Nord,

19.12.2023

Auf dem Rückweg von einem Supermarkt bemerkte eine Frau in der Mittelstraße zwei Stolpersteine, die zuvor offenbar mit Eiern beworfen worden waren.

Auch im NS-Dokumentationszentrum, dem zentralen Erinnerungs-ort an die Opfer des Nationalsozialismus in Köln, dokumentierte die dort ansässige Meldestelle seit dem 7. Oktober eine wachsende Anzahl antisemitischer Vorfälle. Hier sind insbesondere antisemitische Einträge in den Gästebüchern des Hauses zu nennen. Bei Betrachtung der Beispiele wird dabei deutlich, wie eng bei den Täter*innen die Ablehnung Israels mit einer Ablehnung der Erinnerung an die Schoa geknüpft ist.

Einträge im Gästebuch des NS-Dokumentationszentrums

**Altstadt-Nord,
18.12.2023**

Im Gästebuch des NS-Dokumentationszentrums findet sich ein Eintrag in türkischer Sprache, in dem die Schoa mit dem Krieg in Gaza verglichen wird: „Genau wie die Ereignisse in Gaza. Die ganze Welt sieht zu. Warum machen sie das, was ihnen angetan wurde. Der Gerechtigkeit wird sicher genügend getan. Wie hier.“



DAS GEDENKEN AN DEN 7. OKTOBER

Neben Störungen und Angriffen auf das Gedenken an die Schoa wurden außerdem zahlreiche Vorfälle gemeldet, in deren Rahmen das Gedenken an die Opfer des Terrors vom 7.10. gestört wurde. Häufig traf es dabei Plakate der weltweiten Aktion *Bring them home now!*, die die Freilassung der rund 240 am 7. Oktober von der Hamas in den Gaza-Streifen verschleppten Personen fordert. Die Plakate sind mit Fotos und Steckbriefen der Geiseln bedruckt und drücken neben der politischen Forderung den Schmerz und die Trauer der Angehörigen der Geiseln aus, von denen weiterhin unklar ist, wie viele von ihnen noch leben und unter welchen Bedingungen sie dies tun. Auch in Köln wurden Plakate der Aktion öffentlich platziert. In der Regel treffen jene Personen, die die Plakate anbringen, und jene, die sie beschädigen, dabei nicht aufeinander. Allerdings gab es auch Fälle, in denen es zu einer Konfrontation kam

(siehe Beispiele). Außerdem wurde ein Fall bekannt, in dem eine Kölner Druckerei die langjährigen Geschäftsbeziehungen zu einer Initiative kündigte, nachdem diese den Druck von „Entführt“-Plakaten angefragt hatten. Bei den zu druckenden Plakaten ging es unter anderem um den Steckbrief von Kfir Bibas, dem zum Zeitpunkt seiner Entführung durch die Hamas nur neun Monate alten Baby. Die Druckerei begründete ihren Schritt mit dem Verweis auf „unterschiedliche Überzeugungen“.

Neben der genannten Plakataktion wurden der Fachstelle gegen Antisemitismus weitere Gedenkaktionen bekannt, wie die an der Universität zu Köln (mit Sprühkreide) angebrachten Solidaritätsbekundungen gegenüber den Opfern des 7. Oktobers, die bereits am nächsten Tag mit (nicht-wasserlöslicher) Lackfarbe übersprüht wurden. Derlei Taten sollen das öffentliche Gedenken an den Terror

vom 7.10. verhindern und verhöhnen damit die Opfer und ihre Angehörigen. Die Wut, die sich dabei an den Symbolen des Gedenkens entlädt, ist symptomatisch für die im Antisemitismus wirkenden Projektionsmechanismen. Derartige Taten müssen als Befürwortung des Hamas-Terrors gedeutet und entsprechend als antisemitischer Vorfall gewertet werden.⁹

.....
9 Wenn „Entführt“-Plakate infolge des Verdachts unberechtigter Plakatierung durch Polizeibeamte entfernt werden, wie laut Presseberichten in einem Fall in Berlin geschehen, wird dies nicht als antisemitischer Vorfall gewertet. In Köln ist kein Fall dieser Art bekannt geworden. Ob ein „Entführt“-Plakat aus formalen Gründen oder aus inhaltlicher Ablehnung entfernt wurde, lässt sich u.a. daran feststellen, ob die Plakate gründlich entfernt oder nur hastig zerstört wurden.

Köln, 10.11.2023

Ein Mann wurde auf der Straße von einem Unbekannten mit folgenden Worten angesprochen: „Sie sind doch der Apotheker aus der Apotheke neben [einer Bankfiliale]! Ich gebe Ihnen eine Stunde Zeit das Plakat aus Ihrem Schaufenster zu entfernen! Sonst gibt es eine negative Bewertung auf Google.“ Der Betroffene hatte im Schaufenster seiner Apotheke ein Plakat der Bring-them-Home-Kampagne angebracht. Trotz der Drohung ließ sich der Betroffene nicht einschüchtern. Wenige Tage später erhielt die Apotheke eine negative Google-Bewertung, in der den Mitarbeitenden der Apotheke Rassismus vorgeworfen wurde.

Nippes, 13.11.2023

Der Schaukasten einer Altagestätte in kirchlicher Trägerschaft, in dem ein Plakat mit blauem Davidstern und dem Titel #NeverAgainIsNow hing, wurde eingeworfen. Anwesende Passant*innen störten die Gruppe von etwa fünf bis sechs Tätern und verständigten die Polizei.



Nippes, 13.11.2023



Universität zu Köln, 22.11.2023. Mit Sprühkreide angebrachte Solidaritätsbekundungen wurden mit schwarzer Lackfarbe übermalt.



Balthasarstraße, 16.11.2023



Innenstadt, 05.11.2023



Innenstadt, 11.11.2023



Hohenzollernring, 30.11.2023

WOHNUMFELD

Auch im unmittelbaren Wohnumfeld kam es nach dem 7. Oktober zu einem massiven Anstieg dokumentierter Vorfällen (14 von insgesamt 15 dokumentierten Vorfällen im Jahr 2023). Das eigene Wohnumfeld ist in der Regel ein wichtiger Rückzugsort und kann nicht ohne Weiteres gemieden werden. Vorfälle wirken sich daher meist besonders negativ auf das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität von Betroffenen aus.

Mülheim, im Oktober und November 2023

An vier Abenden im Oktober und November wurde die Israelflagge, die eine Frau aus Solidarität mit den von der Hamas ermordeten Menschen in Israel am eigenen Fenster in Köln-Mülheim angebracht hatte, mit Eiern beworfen.

Porz, 31.10.2023

Am Abend wurde die Israelflagge, die ein Mieter aus Solidarität mit den von der Hamas ermordeten Menschen in Israel am eigenen Balkon angebracht hatte, mit Eiern beworfen. In seiner Meldung gab der Betroffene an: „Die Fahne versuche ich mindestens so lange zu belassen, wie meine Freunde in Israel aktiv den Terror bekämpfen müssen.“

Häufig waren es israelische Fahnen, die nach dem 7. Oktober als Zeichen der Solidarität am Fenster oder Balkon gehisst wurden und die im Anschluss mit Eiern oder Gegenständen beworfen wurden. In einem Fall wurden Eier gegen die Wohnungsfenster eines Mannes geworfen, der in seinem Wohnviertel als (äußerlich erkennbarer) Jude bekannt ist. Auf den Fall kann aus Gründen des Betroffenen schutzes nicht weiter eingegangen werden kann.

Neustadt-Nord, 14.10.2023

Eine Woche nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober erhielt eine israelische Frau eine Nachricht aus ihrer Wohngemeinschaft, in der ihr mitgeteilt wurde, dass sie die Wohnung nach Beendigung ihrer Untermiete verlassen müsse und entgegen vorheriger Absprachen keine Aussicht auf ein frei werdendes Zimmer bestehe. Die plötzlich erteilte Absage wurde mit der israelischen Herkunft der Frau begründet sowie mit der Tatsache, dass die Israelin das Existenzrecht Israels nicht in Frage stellte. Wörtlich wurde der Betroffenen gesagt: „Ich weiß nicht, wie ich noch mit jemandem zusammenleben kann, der Israel unterstützt!“ In einer Sprachnachricht leugnete die Mitbewohnerin außerdem das Massaker vom 7. Oktober. Die zwischenzeitlich wohnungslose Betroffene fand eine kurzfristige Unterkunft bei Bekannten.



ONLINE

Auch online, in den sozialen Medien, ist eine deutliche Zunahme antisemitischer Anfeindungen infolge des 7. Oktobers zu beobachten. Um einen konkreten Ortsbezug zu gewährleisten, dokumentiert die Kölner Meldestelle antisemitische Vorfälle im Internet nur, wenn sie direkt adressiert sind. Die 11 von der Meldestelle ab dem 7. Oktober 2023 erfassten Vorkommnisse im Netz beziehen sich ausschließlich auf direkte Anfeindungen gegenüber Kölner*innen. Entsprechend bleibt ein Großteil antisemitischer Online-Hassrede unberücksichtigt, selbst wenn ein Köln-Bezug zu vermuten wäre.

08.10.2023

In einer Messenger-Chatgruppe reagierte eine Person auf einen Hinweis auf die israelsolidarische Kundgebung vom 8. Oktober in Köln mit einer Gleichsetzung des Handelns Israels mit der Schoa („Israel hat mit Palästina genau das gleiche getan, wie es die Nazis mit den Juden getan haben“). Bereits zuvor hatte die Person im Chat in Frage gestellt, dass Israel Opfer eines Terrorangriffs wurde, und dafür Unterstützung von mehreren Chat-Teilnehmenden erhalten.

Gerade Institutionen, aber auch Privatpersonen, die sich gegen den antisemitischen Terror aussprechen, wurden teilweise explizit antisemitische Äußerungen geschickt. Diese reichen von gängigen Narrativen des israelbezogenen und des Post-Schoa-Antisemitismus bis hin zur Unterstützung des Hamas-Terrors und des ihm immanenten eliminatorischen Antisemitismus. Häufig werden dabei verschiedene Motive verknüpft und in eine antisemitische Universal-erzählung eingepflegt.

04.11.2023

Unter dem Instagram-Post einer antisemitismuskritischen Initiative kommentierte ein User „Free Palästina“. Die Initiative antwortete: „... from Hamas. Es ist wirklich keine große Sache, Mensch zu bleiben.“ Darauf antwortete der User: „Wenn ich Netanjahu aka Hitler 2.0 unterstützen soll, dann bin ich lieber kein Mensch“. Weitere Kommentare von ihm unter dem Post lauteten: „Boycott Terrorstaat Israel“ und „Ihr Kindermörder seid doch Hitler 2.0, dagegen war der Holocaust harmlos.....ich hoffe ihr kriegt eure gerechte Strafe.“

Jetzt Antworten



Boycott
Terrorstaat Israel 🇸🇦🇸🇦🇸🇦🇸🇦

6 Std. Antworten
[Übersetzung anzeigen](#)



Ihr
Kindermörder seid doch Hitler 2.0
dagegen war der Holocaust
harmlos.....ich hoffe ihr kriegt eure
gerechte Strafe

6 Std. Antworten

Online, 04.11.2023



BILDUNGS- EINRICHTUNGEN

Über Wochen hinweg waren der 7. Oktober und die anschließende israelische Offensive im Gaza-Streifen das medial dominierende Thema, auf nationaler wie auch internationaler Ebene. So war es unumgänglich bzw. sogar dringend geboten, dass diese Inhalte auch in Kölner Schulklassen verhandelt wurden. Einer Empfehlung des Bildungsministeriums in NRW folgend, den begonnenen Krieg im Klassenzimmer zu thematisieren, sahen sich Lehrkräfte, die häufig im regulären Schulalltag bereits an der Belastungsgrenze arbeiten, nun damit konfrontiert, vermehrt schwierige Gespräche in ihren Schulklassen führen zu müssen.¹⁰ Insgesamt wurden 9 von 15 antisemitischen

Vorfällen, die 2023 in Kölner Bildungseinrichtungen dokumentiert wurden, nach dem 7. Oktober begangen.

Wie an den dokumentierten Beispielen zu erkennen ist, bedienten sich Schüler*innen, die ihr Unverständnis gegenüber dem israelischen Militäreinsatz im Gaza-Streifen äußern wollten, häufig zugleich unterschiedlicher antisemitischer Zuschreibungen. Die verschiedenen Aussagen fließen dabei in eine mehr oder minder kohärente Erzählung zusammen, in der eine auf Verschwörungsmysen basierende Ablehnung gegenüber dem jüdischen Volk mit Schoa-Relativierung und Israelhass einhergeht. Die Unterstellung, Jüdinnen* Juden hätten ein böswilliges Interesse an Kriegen und würden diese aus Profitinteresse führen, erweist sich im Kontext des 7. Oktobers als besonders perfide, wird doch das Leid der israelischen Zivilbevölkerung nach den Angriffen der Hamas geleugnet

.....
10 Bildungseinrichtungen, sind für Betroffene in der Regel besonders sensible Orte. Schule und Hochschule stellen neben ihrer Funktion als Bildungsstätte auch Orte der Begegnung, des Austauschs und der Verständigung dar, in denen Heranwachsende beginnen Einstellungen und Positionen zu Themen zu entwickeln, die über ihre unmittelbare Lebensrealität in Familie und Freundeskreisen hinausgehen. Dies angstfrei in einem geschützten Raum zu gewährleisten ist essenzielle Aufgabe einer offenen und demokratischen Gesellschaft und ihrer Institutionen.

oder zum Kollateralschaden einer israelischen Aggression umgedeutet.

Neben verbal getätigten Äußerungen wurden in Kölner Bildungseinrichtungen vermehrt antisemitische Inhalte in Form von Schmierereien, Flyern und Plakaten festgestellt. Auch wenn Äußerungen von israelbezogenem Antisemitismus klar dominierten, wurden auch hier immer wieder weitere Erscheinungsformen von Antisemitismus bedient: So etwa in den Toilettenräumen der Universität zu Köln, in denen Israelhass, Verschwörungsmysmen und Holocaust-Leugnung dokumentiert wurden. In einem Fall wurde die Fassade einer Schule großflächig u.a. mit antisemitischen, rassistischen und sexistischen Sprüchen sowie rechtsextremer Symbolik besprüht, wobei gleichzeitig „gegen Juden und Palästina“ Stellung bezogen wurde.

Köln, 16.10.2023

Am ersten Tag nach den Herbstferien kam es in einer Klasse mehrfach zu antisemitischen Aussagen, sowohl im Klassenzimmer als auch auf dem Pausenhof. So wurde beispielsweise behauptet, dass „der Krieg von den Juden provoziert“ worden sei und diese entsprechend allein daran schuld trügen, „was in Palästina passiert“. Ein anderer Schüler ging noch weiter und behauptete: „Hinter den meisten Kriegen stehen immer Juden, sie machen Geld damit“. Außerdem wurde mit Bezug auf den Holocaust gesagt, dieser sei passiert, „weil die Juden so viele Probleme machen“.

Köln, 09.11.2023

Im Eingangsbereich eines Kölner Gymnasiums wurde ein Plakat der Bring-them-Home-Kampagne abgerissen aufgefunden. In unmittelbarer Nähe war nun außerdem ein neues Plakat platziert worden, auf dem Israel vorgeworfen wurde, einen „Genozid an Palästina“ zu verüben. Die deutsche Regierung unterstütze diesen



Kölner Schule, 17.11.2023



Universität zu Köln, 23.11.2023



Kölner Schule, 28.11.2023

und zwar „aus egoistischer Schuld“ und „Angst vor Kritik“ an Israel. Mit Blick auf den Staat Israel heißt es: „Israel ist ein zionistischer Staat, und benutzt fälschlicherweise den jüdischen Namen als Waffe, lasst das nicht zu!“ Außerdem wird mit Verweis auf die NS-Zeit von Deutschland gefordert, „dieses Mal auf der richtigen Seite der Geschichte“ zu stehen. Die Aussage suggeriert eine Analogie zwischen NS-Deutschland und Israel und verknüpft damit israelbezogenen mit Post-Schoa-Antisemitismus. Zu beachten ist außerdem der 9.11. als Vorfalldatum. Die Abwehr der Erinnerung an den 7. Oktober wird hierbei an die Abwehr des Gedenkens an die Schoa geknüpft.

Köln, 17.11.2023

Die Schulleitung eines Gymnasiums meldete insgesamt fünf Aufkleber, die im gesamten Gebäude der Schule aufgeklebt wurden und die durch einen Kothaufen anstatt des Davidsterns entstellte Fahne Israels zeigen. In einem Fall wurde der Aufkleber an einem Toilettensitz angebracht.

ARBEITSPLATZ

In Folge des 7. Oktobers wurden vier antisemitische Vorfälle gemeldet, die am Arbeitsplatz der Betroffenen stattfanden. Ähnlich wie das Wohnumfeld stellt der Arbeitsplatz einen Tatort dar, der für Betroffene antisemitischer Vorfälle eine besonders erschütternde Wirkung hat. Antisemitische Anfeindungen beeinträchtigen ihr Sicherheitsgefühl, vor allem dann, wenn sie dazu genötigt werden, sich zu ihrem Jüdischsein zu bekennen, und sie im Anschluss daran entsprechend gebrandmarkt werden.

Köln, November 2023

Ein Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma wurde bei der Arbeit aufgrund seines Namens von einem Kollegen antisemitisch angefeindet. Die beiden kannten sich bis dahin noch nicht. In ihrer ersten Interaktion fragte der Kollege in aggressivem Tonfall, ob er Jude sei. Aus Vorsicht antwortete der (jüdische) Betroffene: „Nein, ich bin kein Jude.“ Der Mitarbeiter fragte daraufhin nach seinem Nachnamen. Als dieser wahrheitsgemäß antwortete, gab der Kollege ein „Och, mein Gott!“ von sich und ignorierte den Betroffenen anschließend. Die beiden verbrachten die nächsten zwölf Stunden gemeinsam am Arbeitsplatz. In seiner Meldung gab der Betroffene an, über einen Arbeitsplatzwechsel nachzudenken.

Köln 30.11.2023

Ein Mitarbeiter eines Telekommunikationsunternehmens fand an der Mauer des Gebäudes, in dem die Firma ihren Sitz hat, mehrere Davidsterne und das Wort „Juden“.



WEITERE TATORTE

Neben den bis hier genannten, besonders relevanten Tatorten, wurden nach dem 7. Oktober an weiteren Orten in Köln antisemitische Vorfälle dokumentiert, beispielsweise in öffentlichen Gebäuden und Grünanlagen sowie im Einzelhandel und der Gastronomie. Auch aus dem Müngersdorfer Fußballstadion wurden der Fachstelle zwei Vorfälle bekanntgegeben.

Die Beispiele aus dem Stadion verdeutlichen dabei, wie nach dem 7. Oktober in allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen Situationen entstanden, die als Gelegenheitsfenster für antisemitische Äußerungen und Handlungen dienten. So wird der Widerspruch gegen antisemitische Positionen immer wieder genutzt, um eben solche zu artikulieren.

Lindenthal, 22.10.2023

Vor Beginn des Fußballspiels zwischen dem 1. FC Köln und Borussia Mönchengladbach wurde eine Schweigeminute für die Opfer des Hamas-Terrors durch Zwischenrufe gestört. Nur wenige Sekunden nach Beginn der Schweigeminute schrie eine Einzelperson laut in das stille Stadion „Freiheit für Palästina!“, wie auf einem Video festgehalten wurde.¹¹

Anschließend schrie der Mann noch eine sexistische Beleidigung hinterher. Etwa eine halbe Minute nach Beendigung der Schweigeminute ereignete sich der zweite Vorfall: ein Mann, der einige Reihen hinter dem Meldenden saß, sagte laut hörbar: „Scheiß Juden, immer diese Scheiß Juden“. Es müssen mehrere Personen gehört haben, eine Person widersprach wohl zaghaft. Eine Anzeige erfolgte nicht.

11 Das Video ist auf der Homepage der Meldestelle abrufbar. Online unter: www.antisemitismus-melden.koeln

Für Betroffene ist es häufig besonders belastend, wie unvermittelt sie in solchen Situation mit antisemitischen Äußerungen im Alltag konfrontiert werden. Wie das Beispiel vom 16. Oktober zeigt, müssen antisemitische Äußerungen nicht zwingendermaßen direkt an anwesende jüdische Betroffene adressiert sein, um bei diesen ein erhöhtes Unsicherheits- und Bedrohungsgefühl hervorzurufen.

Nippes, 16.10.2023

Eine Kölner Jüdin betrat ein Kiosk, in dem gerade eine hitzige Diskussion zwischen einem Kunden und dem Kioskbesitzer geführt wurde, bei der es offenbar um den Terror gegen Israel und die anschließenden israelischen Vergeltungsschläge ging. Die Meldende hörte, wie der Kioskbesitzer den sichtlich aufgeregten Kunden mit den Worten zu besänftigen versuchte: „Du musst aber beide Seiten sehen, die Hamas hat doch auch viele Menschen ermordet“. Daraufhin entgegnete der Kunde: „Inschallah werden die alle [Anm.: Israelis oder Juden] umgebracht“. Dem Kioskbesitzer war die Aussage sichtlich peinlich und er beförderte den Mann mit den Worten aus dem Kiosk „Inschallah wird es bald Frieden geben!“ Nunmehr zu zweit im Kiosk, wandte sich der Kioskbesitzer an die Meldende und gab dieser zu verstehen, dass er in keiner Weise mit dem Kunden einverstanden sei.

DAS SICHERHEITSGEFÜHL IN DER JÜDISCHEN COMMUNITY

Die geschilderten Vorfälle verdeutlichen, wie allgegenwärtig Antisemitismus in Köln insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 geworden ist und wie er sich in praktisch jedem Lebensbereich von betroffenen Jüdinnen*Juden manifestieren kann. Bereits kurze Zeit nach dem 7. Oktober musste der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS e.V.) mit Blick auf das Sicherheitsempfinden von Jüdinnen*Juden in Deutschland feststellen:

„Viele Jüdinnen_Juden ergreifen Maßnahmen zu ihrer Sicherheit – sie wollen nicht als jüdisch erkannt werden. Beispielsweise werden nach außen sichtbare Symbole des Judentums an ihren Wohnungen wie Mesusot entfernt. Vorsorglich werden Orte des Alltags gemieden, Kinder werden nicht in die Schule geschickt, israelische Restaurants bleiben geschlossen.“¹²

Nachdem die Hamas erstmals für Freitag, den 13. Oktober 2023 weltweit dazu aufgerufen hatte, im Rahmen des sogenannten Tages des Zorns jüdische Einrichtungen anzugreifen, kam es auch in Köln zu einer spürbaren Verunsicherung in der jüdischen Community. Davon zeugen beispielsweise folgende Fragen, die der Fachstelle gegen Antisemitismus nach dem 7. Oktober gestellt wurden: „Soll ich mein Kind morgen lieber nicht in die [jüdische] KiTa bringen?“, „Wie gefährlich ist es, an pro-israelischen Versammlungen teilzunehmen?“ und „Kann ich als Nachfahre von NS-Opfern in dieser Situation an öffentlichen Stolpersteinverlegungen teilnehmen?“

Um das Bedrohungsgefühl in der jüdischen Community in Köln zu erahnen, reicht der Verweis auf die gestiegene Anzahl

¹² Bundesverband RIAS e.V.: Antisemitische Reaktionen in Deutschland auf die Hamas-Massaker in Israel. [Hier aufrufen: Antisemitische Reaktionen in Deutschland auf die Hamas-Massaker in Israel](#)

antisemitischer Vorfälle in der Stadt nicht aus: Auch Nachrichten zu vereitelten Terroranschlägen oder zu Hamas-Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen,¹³ ein insgesamt israelfeindliches bis antisemitisches Klima in sozialen Netzwerken und auch die Sorge darüber, die eigenen Kinder könnten durch die in Chatgruppen und sozialen Medien kursierenden, grausamen Propaganda-Videos der Hamas traumatisiert werden, seien in diesem Zusammenhang exemplarisch benannt. Hinzu kommt, dass sich viele Jüdinnen*Juden in Köln auch weiterhin um Familie, Freund*innen und Bekannte in Israel sorgen müssen, was zu einer doppelten Belastung führt. Zwar sind Menschen, die Familie oder Freund*innen in Israel haben oder das Land häufig besuchen, meist emotional stärker betroffen als Jüdinnen*Juden, die keine direkten (Familien-)biografischen Beziehungen zum Land haben. Allerdings stellen der 7. Oktober und die weltweiten Reaktionen darauf für die gesamte jüdische Community eine Zäsur dar, die sich negativ auf die Sichtbarkeit jüdischen Lebens – in Köln und darüber hinaus – auswirkt.

Es macht betroffen, dass selbst in Anbetracht der menschenverachtenden Gewalttaten der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung, Jüdinnen*Juden in Köln derart um ihre Sicherheit besorgt sein müssen und mit mangelnder Solidarität konfrontiert werden. Es macht betroffen, dass das Gedenken an die Ermordeten, Misshandelten und Entführten zu verstummen droht. Und es macht betroffen, dass die israelische Reaktion auf den Terror zum Anlass genommen wird, um jüdisches Leben zur Projektionsfläche des eigenen Hasses zu machen – im öffentlichen Raum, mitten in Köln. Eine besondere Stellung nehmen in diesem Kontext die seit dem 7. Oktober stattfindenden israelfeindlichen Demonstrationen ein, auf die im nachfolgenden Kapitel eingegangen wird.

13 In NRW leben Medienberichten zufolge etwa ein Drittel der insgesamt circa 450 Hamas-Mitglieder in Deutschland 11.10.2023. Online unter: www.focus.de

5.2

Israelfeindliche Demonstrationen nach dem 7. Oktober

Vom 7. Oktober bis Jahresende dokumentierte die Kölner Meldestelle insgesamt 18 Demonstrationen, die als antisemitischer Vorfall gewertet wurden (66,7% aller 2023 dokumentierten Versammlungen). Im Vergleich zum Vorjahr lässt sich für das gesamte Jahr 2023 ein Anstieg von 238% feststellen. Aufgrund des überaus dynamischen Protestgeschehens nach dem 7. Oktober, das ein umfassendes Monitoring erschwert hat, ist von zahlreichen weiteren nicht-dokumentierten Vorfällen auf israelfeindlichen Demonstrationen auszugehen.

Unter Heranziehung konkreter antisemitischer Vorfälle, die von der Meldestelle auf Demonstrationen dokumentiert wurden, soll im Folgenden zunächst der Frage nachgegangen werden, wie der Angriff vom 7. Oktober auf israelfeindlichen Demonstrationen in Köln dargestellt und interpretiert wurde;¹⁴ anschließend werden einige auf den Demonstrationen besonders verbreitete Stereotype des israelbezogenen Antisemitismus' sowie des Post-Schoa-Antisemitismus' gesondert betrachtet. Auf einen kurzen Exkurs zur sehr hohen Anfälligkeit der Demos für verschwörungsideologische Inhalte folgt eine Schilderung der verschiedenen Versuche einer israelfeindlichen Querfrontbildung in Köln. Zum Abschluss soll zudem auf eine „Markierungspraxis“ auf israelfeindlichen Demonstrationen gegenüber israelsolidarischen (Gegen-)Demonstrant*innen hingewiesen werden.

Zu den Akteur*innen, die maßgeblich für die Organisation und Umsetzung der israelfeindlichen Demonstrationen seit

.....
14 Neben Sachverhalten, die gemäß den RIAS-Kriterien einen antisemitischen Vorfall darstellen, werden in dieser Analyse weitere themenrelevante Sachverhalte geschildert, die per se zwar nicht als antisemitischer Vorfall im RIAS-Sinne gewertet wurden, jedoch für das Verständnis des Kontextes relevant sind. Darunter fallen beispielsweise auch die am Ende beschriebene Feindmarkierung mithilfe roter Winkel.

dem 7. Oktober in Köln verantwortlich sind, gehören in erster Linie pro-palästinensische sowie antiimperialistische Gruppierungen. Gleichzeitig schlossen sich auch Personen aus teils politisch diametral entgegengesetzten Positionen auf den israelfeindlichen Versammlungen zusammen, was zu mitunter äußerst skurrilen gemeinsamen Auftritten führte.

1. DARSTELLUNG UND INTERPRETATION DES 7. OKTOBERS DURCH ISRAELFEINDLICHE AKTEUR*INNEN

Am 7. Oktober 2023 drangen hunderte Terroristen unter der Führung der Hamas aus dem Gazastreifen in israelisches Staatsgebiet ein und verübten in den grenznahen Dörfern, Kibbuzim und Kleinstädten ein unvorstellbar brutales Massaker an der Zivilbevölkerung. Innerhalb weniger Stunden wurden über 1.100 Menschen ermordet, über 5.000 verletzt und misshandelt und 240 als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Die Hamas und ihre Anhänger setzten dabei auch systematisch und gezielt sexualisierte Gewalt gegen Frauen als Waffe ein. Es handelt sich bei diesem Überfall um den größten Massenmord an Jüdinnen*Juden seit der Schoa. Kurz nach dem Überfall begann die israelische Luftwaffe damit, Angriffe gegen Stützpunkte der Hamas im Gazastreifen zu fliegen. In der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober, nachdem die Sicherheit im Grenzgebiet zum Gazastreifen wiederhergestellt werden konnte, startete Israel eine großflächig angelegte Bodenoffensive.

Nur eine Woche nach dem Massaker der Hamas fand in Köln am 14. Oktober – also schon zwei Wochen vor Beginn der Bodenoffensive – die erste große israelfeindliche Demonstration am Heumarkt statt. Statt die Massaker als solche zu benennen, wurden sie im Ankündigungstext als „beispielloser Angriff palästinensischer Kämpfer“ verharmlost, um sie sodann vermeintlichen Kriegsverbrechen Israels gegenüberzustellen. An keiner Stelle findet sich ein Wort über die Hamas und ihre

vernichtungsantisemitische Ideologie. Vielmehr werden „die israelische Besatzung, Apartheid und Vertreibung“ als „die Ursachen all dieser Gewalt“ identifiziert. Differenzierende Anmerkungen und Einordnungen, die auf die Komplexität der Sachlage eingehen,¹⁵ werden von den Veranstaltenden der Demonstration unterschlagen, um allein Israel als verantwortlich für eine zunehmende Eskalation des Konflikts darstellen zu können. Von Beginn an wurde im Kontext israelfeindlicher Demonstrationen infolge des 7. Oktobers eine sogenannte „Täter-Opfer-Umkehr“ betrieben, die also Israel – nur wenige Tage nach dem größten Massaker in seiner Geschichte – zum Aggressor deklarierte. So wird auch in einer weiteren online verbreiteten Demonstrationsankündigung eines palästinensischen Vereins zur Teilnahme an der Demonstration am 14. Oktober aufgerufen, um sich „gegen die israelische Aggression gegen die Palästinenser“ zu stellen, womit die damals gerade beginnenden Luftschläge der israelischen Armee in Gaza gemeint waren.

Neben der Täter-Opfer-Umkehr und dem Verschweigen der Ereignisse des 7. Oktobers gab es jedoch durchaus auch (mehr oder minder explizite) Bezugnahmen auf die Gewaltverbrechen der Hamas: Nachdem die antiimperialistische Splittergruppe Young Struggle am 8. Oktober ein (bereits zuvor geplantes) Seminar mit einem Vertreter der später verbotenen Organisation Samidoun veranstaltet hatte, veröffentlichte die Gruppe am 10. Oktober einen Beitrag in den sozialen Netzwerken, in dem sie sich „geschlossen hinter dem palästinensischen Befreiungskampf“ positioniert und die Gräueltäten vom 7. Oktober indirekt zum Ausdruck einer „revolutionären Umwälzung“ verklärt (siehe Screenshot).

15 Etwa die Unterscheidung von privaten und staatlichen Akteuren in Israel, die Schwierigkeit dieser Unterscheidung in den palästinensischen Gebieten, die lange Geschichte des Konflikts, die politische und rechtliche Realität im Land, sowie zahlreiche weitere Aspekte.

An den nachfolgend beispielhaft vorgestellten Vorfällen im Kontext israelfeindlicher Demonstrationen lässt sich ebendieses einseitige Verständnis der Ereignisse vom 7. Oktober ablesen.

09.12.2023

Auf einer israelfeindlichen Demonstration am Roncalli- platz sagte der Sprecher einer antiimperialistischen Gruppe: „Der verbrecherische israelische Staat macht keinen Halt vor Folter. Durch den Gefangenaustausch der letzten Wochen wurden langjährige Inhaftierte freigelassen. Sie wurden durch den Widerstand des eigenen Volkes befreit. So wie das palästinensische Volk gerade seine Gefangenen befreit, wird es eines Tages sich selbst befreien. So lange werden wir hier in Deutschland kämpfen und Seite an Seite mit unseren palästinensischen Geschwistern stehen.“



 Gefällt samidoun_deutschland und 35 weiteren Personen

youngstruggle_koeln Am Sonntag nahmen wir -allen Repressionen wie z.B. dem Parken von Polizeiautos vor unserer Vereinstür trotzend - an dem Seminar von @samidoun_deutschland teil.
Zaid Abdunasser sprach über die Repressionswelle im Besonderen gegenüber der Organisation Samidoun und im Allgemeinen gegenüber der palästinensischen Widerstandsbewegung.
Wir werteten die aktuellen Geschehnisse in Palästina aus und führten Diskussionen.

Im Anschluss an das Seminar fand noch eine gemeinsame Kundgebung mit weiteren revolutionären Organisationen in Kalk statt.

Wir stehen geschlossen hinter dem palästinensischen Befreiungskampf, der legitim ist.
Nur eine revolutionäre Umwälzung ist imstande, die Probleme der Arbeiter:in Klasse in Palästina und Israel zu lösen.

Lang lebe der Widerstand der unterdrückten Völker !

#palästina #intifada #sozialismus

Kommentar ansehen

 Kommentieren ...

Vor 57 Minuten



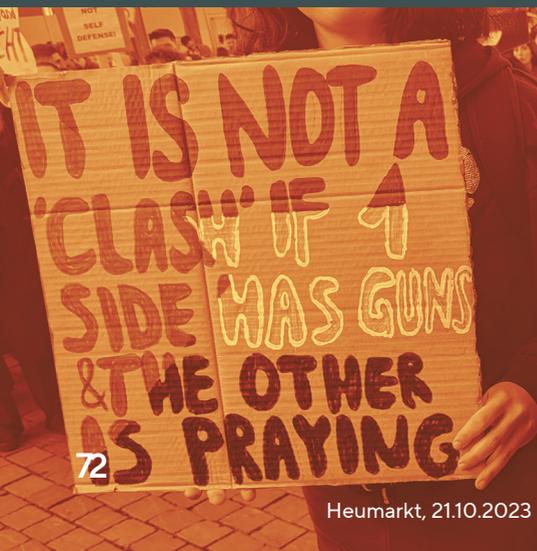
Online, 10.10.2023

Bedenklich ist auch die Leugnung des gezielten Einsatzes von sexualisierter Gewalt als legitimes Mittel des „Widerstands“. Auch Kölner Gruppen, die von sich behaupten, ein feministisches Selbstverständnis zu haben, offenbaren hier den rein strategischen Einsatz nur vordergründig geltender politischer Positionierungen.

„Es ist kein 'Konflikt',
wenn eine Seite Waffen hat und die andere betet“

20.12.2023

Auf dem Bahnhofsvorplatz versammeln sich etwa 40 Personen, die dem Aufruf von Zora und Young Struggle folgten. Eine Sprecherin der antirassistischen Frauenorganisation Zora versuchte, den Kampf gegen Israel als „feministischen Befreiungskampf“ zu vereinnahmen: „Genau wie wir es immer wieder gesagt haben, vor allem als junge revolutionäre Frauen, [...] wir lassen uns nicht zum Schweigen bringen, wir werden [...] auf die Straßen gehen, komme was wolle.“ Der gezielte Einsatz sexualisierter Gewalt gegen Frauen am 7. Oktober, der zum damaligen Zeitpunkt schon umfassend belegt war, wurde von der Rednerin komplett verschwiegen.



2. VERBREITETE STEREOTYPE DES ISRAELBEZOGENEN ANTISEMITISMUS

Vielen Akteur*innen geht es nicht um eine differenzierte Betrachtung der Konfliktlinien und der Anerkennung von Leid und Missachtung sowohl der israelischen als auch der palästinensischen Bevölkerung. Vielmehr lässt sich hier eine Delegitimierung und Dämonisierung Israels unter der Verwendung von Doppelstandards erkennen.¹⁶ Insofern ist es nicht weiter verwunderlich, dass im Rahmen der israelfeindlichen Protestwelle infolge des 7. Oktobers auch auf bereits (zum Teil seit Jahrzehnten) bestehende Kampfbegriffe zurückgegriffen wurde.

17.10.2023

In der Nähe der Haltestelle Kalk-Post versammelten sich etwa 40 Teilnehmende zu einer israelfeindlichen Demonstration, zu der zwei antiimperialistische Gruppen aufgerufen hatten. Ein Redebeitrag der mittlerweile verbotenen Organisation Samidoun endete mit dem Slogan „From the river to the sea, palestine will be free“; ein Sprechchor wiederholte den Slogan mehrfach aus der Kundgebung heraus.

12.11.2023

Im Vorfeld der israelfeindlichen Demonstration vom 12. November wurde in sozialen Netzwerken eine Veranstaltungsankündigung veröffentlicht, die mit den Worten „Heute geht’s auf die Straße für ein freies Palästina vom Fluss bis zum Meer“ zur Teilnahme an der Demo aufruft.

.....
¹⁶ Für Definitionen und Beispiele des Post-Schoa- und des Israelbezogenen Antisemitismus siehe [Kapitel 4](#).

***“From the river to the sea,
Palestine will be free”***

Bei dieser Parole, die frei ins Deutsche übersetzt „Vom Fluss bis zum Meer wird Palästina frei sein“ bedeutet, handelt es sich um einen weltweit auf Demonstrationen verbreiteten Leitspruch, der ein „freies Palästina“ zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer fordert.

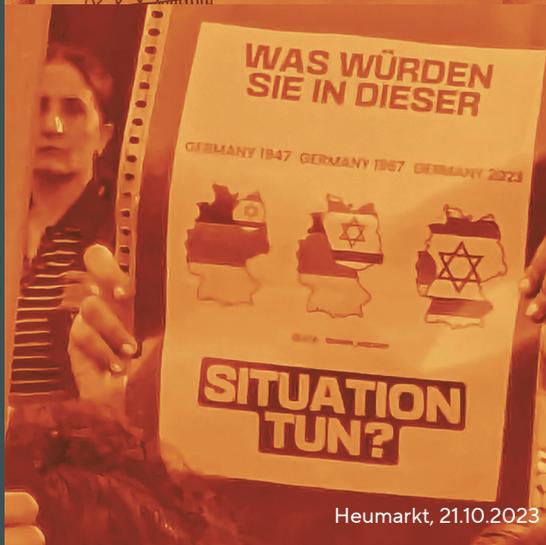
Während die Parole „Free Palestine“ noch eine gewisse Bedeutungsoffenheit in sich trägt, da sie sich auch nur auf den Gazastreifen und das Westjordanland beziehen könnte, ohne notwendigerweise die Zerstörung Israels zu fordern, wird über den zuvor genannten Slogan explizit gemacht, dass sich das „freie Palästina“ über das gesamte Staatsgebiet Israels erstrecken sollte. Auf Plakaten wird der Spruch häufig visuell durch die Darstellung des gesamten israelischen Territoriums in den Farben der palästinensischen Flagge ergänzt.



Roncalliplatz, 22.10.2023



Roncalliplatz, 22.10.2023



Heumarkt, 21.10.2023

„Apartheid“

Ein weitverbreiteter Vorwurf unterstellt Israel – analog zu Südafrika in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – ein Apartheidsstaat zu sein, in dem Bevölkerungsgruppen aufgrund und entlang rassistischer Zuschreibungsmerkmale rechtlich, sozial, ökonomisch und räumlich segregiert werden. Diese Analogie ignoriert die rechtsstaatliche Verfasstheit Israels. Es gibt in Israel – wie in anderen Staaten auch – Diskriminierung, aber kein politisches System der „Rassentrennung“. Der allein gegen Israel gerichtete Vorwurf der Apartheid dient primär der Dämonisierung und Delegitimierung des Landes und kann damit dem israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet werden.

06.11.2023

Eine antiimperialistische Kleinstpartei hielt eine Kundgebung auf der Domplatte ab, auf der Israel (neben NS-relativierenden Vergleichen) als „Apartheidsstaat“ gelabelt wurde.

02.12.2023

Auf einer von palästinensischen Vereinen organisierten israelfeindlichen Demonstration in Köln-Deutz bezeichnete eine Rednerin, die sich selbst als „Anti-Rassismus-Trainerin“ vorstellte, Israel als „Apartheidsregime“.

20.12.2023

Auf einer von zwei anti-imperialistischen Gruppierungen organisierten israelfeindlichen Demonstration, an der etwa 40 Personen teilnahmen, wurde Israel wiederholt als „Apartheidsstaat“ bezeichnet.

„Kolonialstaat“

Die Rede von Israel als einem Kolonialstaat stellt eine Form israelbezogenen Antisemitismus dar, weil sie die widersprüchliche Geschichte des politischen Zionismus auf den Aspekt einer vermeintlichen Landnahme fremden Territoriums reduziert und mit den vornehmlich ökonomisch orientierten Bestrebungen der europäischen Kolonialstaaten gleichsetzt. Sie unterschlägt dabei die Existenz jüdischen Lebens in der Region vor der Gründung Israels. Als antisemitisch wird dieser Kolonialismuskritik u.a. deshalb gewertet, weil er Israel als den alleinigen Verursacher des arabisch-israelischen Konflikts ansieht und die Schutzfunktion Israels für Jüdinnen* Juden gegen weltweiten Antisemitismus leugnet. Die Darstellung Israels als expansiven Kolonialstaat ist dabei eng mit dem Kampfbegriff „Landraub“ verbunden.

22.10.2023

Eine Demonstrationsteilnehmerin sagte in einer Rede am Roncalli-Platz: „Darf ich vorstellen, die weltweit finanzierte koloniale Besatzungsmacht, auch bekannt, als Israel“.

02.12.2023

Auf der Demonstration in Köln-Deutz (s.o.) wurde in einem Redebeitrag mit Bezug auf den Staat Israel behauptet: „Eine koloniale Besatzung war, ist und bleibt der Grund für andauerndes Leid und endlose Gewalt“.

„Kindermörder Israel“

Der Slogan stellt eine Dämonisierung Israels dar, indem unterstellt wird, der Staat ermorde vorsätzlich (palästinensische) Kinder. Die pauschale Diffamierung Israels als „Kindermörder“ verdeutlicht dabei, wie antisemitische Stereotype auf Israel angewandt werden, das so zum „kollektiven Juden“ wird: Das Motiv des kindermordenden Israels geht zurück auf die mittelalterliche antisemitische Ritualmordlegende, nach der Jüdinnen*Juden Kinder gezielt ermorden würden, um deren Blut für rituelle Zwecke zu verwenden. Auch die Darstellung etwa von israelischen Politikern oder Soldaten als blutrünstige Bestien steht oft in dieser Tradition.

29.10.2023

An einem Sonntag versammelten sich hunderte Menschen zu einer israelfeindlichen Demonstration am Breslauer Platz, die anschließend durch die Kölner Innenstadt zog. Gerufen wurden unter anderem die Parolen „Kindermörder Israel“, „Deutschland finanziert, Israel bombardiert“ und „Hoch die internationale Solidarität“.

01.11.2023

Auf dem Heumarkt fand eine israelfeindliche Demonstration statt, auf der immer wieder die Parole „Kindermörder Israel“ gerufen wurde, ebenso wie „From the river to the sea, Palestine will be free“.

Feindbild „Zionisten“

Der Begriff Zionismus bezeichnet ursprünglich eine progressive Bewegung zur Gründung eines jüdischen Nationalstaates als Reaktion auf antisemitische Verfolgung. Im Kontext israelfeindlicher Demonstrationen wird der Begriff klar abwertend verwendet. „Zionisten“ werden dabei meist als „weiße, rassistische Siedler aus Europa und Nordamerika“ dargestellt. Das in diesem Zusammenhang dominierende Verständnis, Jüdinnen*Juden seien als Fremde in das Land gekommen und hätten es den autochthonen Palästinenser*innen gestohlen, klammert die historisch kontinuierliche Präsenz jüdischen Lebens in der Region aus. Ebenso wenig wird zur Kenntnis genommen, dass ein großer Teil der in Israel lebenden Jüdinnen*Juden aus arabischen Ländern stammt.

22.10.2023

Einer der Organisatoren der israelfeindlichen Demonstration am Roncalliplatz sagte in einer Rede: „Nicht alle Juden sind Israelis, es gibt auch Zionisten. Die meisten Deutschen oder Menschen kennen nicht den Unterschied. Juden ist eine Religion. Juden sind unsere Glaubensbrüder genauso wie die Christen. Sie akzeptieren Moses und Jesus [sic!] und Abraham. Das sind auch unsere Propheten. Juden greifen auch nicht unsere Glaubensbrüder an. Aber es gibt tatsächlich etwas, das heißt Zionisten und Zionisten haben nichts mit dem Judentum zu tun. Zionisten sind gegen Religion. Ein Zionist in ein jüdischer, äh ne, ein Zionist ist eine israelischer Nazi!“

17.10.2023

Auf der Demonstration nahe der Haltestelle Kalk-Post (s.o.) behauptete ein*e Redner*in, der „Antisemitismusvorwurf [diene] ausschließlich der Diskreditierung des palästinensischen Kampfes“. Man sei „gegen Antisemitismus“ und zugleich „gegen Zionisten“.

Zerstörungswunsch und Vernichtungsfantasien

Auf den israelfeindlichen Demonstrationen infolge des 7. Oktobers in Köln wurde der Begriff „Zionisten“ insbesondere als Teil einer Immunsierungsstrategie verwendet: so wird behauptet, dass man ausschließlich Position gegen den Staat Israel und seine Befürworter beziehe und dies in keinerlei Beziehung zu antisemitischen Vorstellungen stehe. „Juden“ seien wertneutral und „Zionisten“ als das „absolut Böse“ zu verstehen. Eine solche Konstruktion erlaubt es den Meinungsträger*innen im eigenen Selbstverständnis, sich gegen Israel und Antisemitismus gleichzeitig auszusprechen, wobei letzterer als ein „rein deutsches Problem“ bezeichnet wird.

Zerstörungswünsche und Vernichtungsfantasien gegenüber Israel durften aufgrund polizeilicher Auflagen auf Demonstrationen nach dem 7. Oktober nicht offen geäußert werden. Dennoch wurden mehrfach mehr oder weniger direkte Bezüge zu Vernichtungs- und Gewaltfantasien gegenüber der israelischen Zivilbevölkerung hergestellt, etwa durch positive Bezugnahmen auf den Begriff „Intifada“.¹⁷

17 Der Begriff bezieht sich auf zwei mehrjährige Serien von Terroranschlägen gegen Israel und die Zivilbevölkerung zwischen 1987 und 2000. Zu den beiden Aufstandswellen 28.03.2008. [Online unter: www.bpb.de](http://www.bpb.de)

18.11.2023

Auf dem Ebertplatz fand eine israelfeindliche Demonstration statt, die gemeinsam von einem Rechtsextremisten, einem Islamisten und einem Verschwörungsideologen organisiert wurde. Letzterer forderte in einer Rede die Abschaffung des Staates Israel: „Also müssen wir über die Staatlichkeit und das gesunde Miteinander auf palästinensischem Boden nachdenken. Meine Überzeugung ist inzwischen, es wird mit Israel nicht zu machen sein. Wir müssen die Bereitschaft entwickeln, diesen Staat abzuwickeln!“

22.11.2023

Am 22. November organisierte eine linke studentische Hochschulgruppe zusammen mit zwei antiimperialistischen außeruniversitären Gruppen am Albertus-Magnus-Platz eine Demonstration für „Frieden in Palästina.“ Dabei forderte ein Redner die Zerstörung Israels: „Am Ende lebt Palästina und am Ende wird Israel verschwinden!“



POST-SCHOA- ANTISEMITISMUS

Die Erfahrung der Meldestellen zeigt, dass es infolge von militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und palästinensischen Gruppen immer wieder zu israelfeindlichen Protesten kommt, auf denen – in Kombination mit israelbezogenem Antisemitismus als häufigste Erscheinungsform – auch immer wieder Post-Schoa-Antisemitismus geäußert wird.

Jüdinnen*Juden und Israel wird dabei beispielsweise vorgeworfen, nach der eigenen Verfolgungserfahrung nun die Rolle der historischen Nazis übernommen zu haben. Eine solche Täter-Opfer-Umkehr stellt eine Bagatellisierung der Schoa dar, verunglimpft das Gedenken an diese und dient wiederum der Dämonisierung und Delegitimierung Israels als einzigen jüdischen Staats.

Der Vorwurf lässt dabei vollkommen die Spezifik der Schoa außer Acht: Zu dessen Singularität gehört, dass der administrativ vorbereite-

te und zum Teil industriell durchgeführte Massenmord an Jüdinnen*Juden mit einer Absicht zur vollständigen Vernichtung einherging, die selbst dem Erreichen militärischer Ziele übergeordnet war.

Auch im Zuge des israelfeindlichen Demonstrationsgeschehens in Köln nach dem 7. Oktober wurden auf Plakaten, in Reden sowie in Demonstrationsaufrufen immer wieder Begrifflichkeiten verwendet, die eng mit der Judenverfolgung im Nationalsozialismus verknüpft sind, wie „Holocaust“ und „Vernichtungskrieg“. Die instrumentelle Verwendung solcher Begrifflichkeiten zielt dabei darauf ab, die mehrheitliche gesellschaftliche Ablehnung der nationalsozialistischen Judenverfolgung für die eigenen, israelfeindlichen Zwecke zu nutzen und umzudeuten.



Heumarkt, 21.10.2023



Roncalliplatz, 22.10.2023

21.10.2023

Am Samstagnachmittag versammeln sich um die 150 Personen am Kölner Heumarkt, um gegen die israelischen Luftschläge und die zu diesem Zeitpunkt anstehende Bodenoffensive Israels im Gaza-Streifen zu protestieren. Eine Demonstrantin zeigte ein Schild mit der Aufschrift „Der Holocaust passiert erneut und die Welt schaut zu!“ Auf einem weiteren Schild war zu lesen: „The irony of becoming what you once hated“, womit offensichtlich suggeriert werden soll, Israelis oder Jüdinnen*Juden seien „die neuen Nazis“.

22.10.2023

Während der auf dem Roncalliplatz gestarteten Demonstration (s.o.) wurden zahlreiche Aussagen verbreitet, die u.a. dem Post-Schoa-Antisemitismus zuzuordnen sind (bspw. „End the Palestinian Holocaust!“).



Breslauer Platz, 29.10.2023

29.10.2023

Die Organisator*innen der Demonstration auf dem Breslauer Platz (s.o.) stellten ein großes Plakat aus, auf dem sich ein Blatt mit dem Satz „Das ist keine Verteidigung, das ist ein GENOZID, VÖLKERMORD, HOLOCAUST in Palästina“ befand. Anwesende Polizeibeamt*innen beanstandeten das Plakat, woraufhin das Wort „Genozid“ (als einziges) unkenntlich gemacht wurde.

02.12.2023

Die sich selbst als Antirassismus-Trainerin vorstellende Rednerin (s.o.) äußerte folgende Vermutung: „Wir hatten das schon einmal. Im Dritten Reich waren die Juden pauschal die Schuldigen, jetzt habe ich den Eindruck, dass Muslime zu den Schuldigen gemacht werden“. Die Demonstration trug den Titel „Stoppt den Vernichtungskrieg!“

4. VERSCHWÖRUNGS- ERZÄHLUNGEN ZUM 7. OKTOBER 2023

Ein klassisches Element des modernen Antisemitismus' ist die Vorstellung, Jüdinnen*Juden hätten sich zu einer weltweiten Verschwörung zusammengesetzt, mit dem Ziel, die Geschicke der Menschheit zu lenken und sie den eigenen Zwecken zu unterwerfen. Derart explizite antisemitische Vorstellungen wurden auf den israelfeindlichen Demonstrationen nach dem 7. Oktober in Köln zwar nicht dokumentiert; dennoch werden nachfolgend einige Spielarten dieses Verschwörungsglaubens erläutert, die in Köln auftraten.

So wurden auf einigen israelfeindlichen Demonstrationen in Köln Verschwörungsmymen mit Blick auf den 7. Oktober verbreitet: darunter fällt etwa der Vorwurf, Israel müsse den 7.

18.11.2023

Während der auf dem Ebertplatz stattfindenden Demonstration (s.o.) zweifelte ein Redner die Massaker vom 7. Oktober durch die *Hamas* und weitere Terrorgruppen an: „Dann haben wir null, also null forensische Untersuchungen zu dem Angriff der *Hamas* in Israel. Ja, sagt Israel, das leider ständig lügt. Das ist moderne Kampfführung, die machen Lügen und Propaganda. Ja, die *Hamas* haben die von den Motorrädern runtergeworfen und dann erschossen. Wer hat die Schusswunden untersucht? Wer hat die Munition untersucht? Das sind die Tatsachen, wir haben keine glaubwürdige internationale Untersuchung der israelischen Angaben. Das geht so nicht. Wir können nicht zusehen, dass ein ganzes Volk seit 75 Jahren unterdrückt wird auf der Basis von Lügen, von Betrug und Enteignung.“

Oktober selbst inszeniert oder bewusst zugelassen haben, da der Staat vom Massaker der Hamas profitiere und sich „darüber gefreut“ habe (siehe Beispiele). Meist wird Israel dabei mit alten antisemitischen Stereotypen assoziiert, indem es etwa als „notorischer Lügner und Betrüger“ dargestellt wird.

Während sich viele Redner*innen noch vergleichsweise „zurückhaltend“ äußerten, finden sich dezidiert antisemitische Erzählungen mit Blick auf den 7. Oktober insbesondere in Telegram-Kanälen der örtlichen verschwörungsideologischen Szene, in denen das Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung als „Inside-Job“ – also als durch Israel selbst geplant und umgesetzt – bezeichnet wird¹⁸.

.....
18 Bei dem Beispiel handelt es sich um eine nicht-zielgerichtete antisemitische Aussage im Online-Bereich, die den RIAS-Erfassungskriterien entsprechend nicht als antisemitischer Vorfall gezählt wird, sondern hier lediglich der Erläuterung des Kontextes dient.

23.10.2023

Einer der Organisatoren der israelfeindlichen Demonstration am Roncalliplatz vom 23. Oktober sprach ins Mikrofon: „Zunächst sei klargestellt, dass die *Hamas* in keinsten Weise unterstützt, da sie mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen. Die Aktionen und Angriffe von *Hamas* sind vergleichbar mit einem Kleinkind, das einem übermächtigen Riesen gegenübersteht und ihm zwischendurch auf den Fuß tritt, woraufhin der Riese nur auf seine Gelegenheit wartet für seine Vergeltung. Israel braucht *Hamas*. Wie kann der *Mossad*, einer der effizientesten Geheimdienste der Welt, ein über zwei Jahre geplantes Attentat übersehen, obwohl er mehr Informationen [Informanten?] im Land hat als *Hamas*-Anhänger. Ist es möglich, dass man sich hier über jeden Angriff freut? Die *Hamas* ist mittlerweile zu einem unfreiwilligen Werkzeug Israels geworden, ein gern gesehenes ungezwungenes Kind, für das die Bevölkerung haftet.“

10.12.2023

Eine Querfront aus Rechtsextremen, Verschwörungsideolog*innen, Islamisten und Putin-Propagandist*innen hielt eine israelfeindliche Demonstration auf dem Breslauer Platz am Kölner Hauptbahnhof ab. In Redebeiträgen wurden Verschwörungsmythen verbreitet, wonach Israel infolge der Besetzung des Gaza-Streifens selbst einen Tunnel unter dem Shifa-Krankenhaus gegraben habe, um diesen zu Propagandazwecken zu nutzen. Ein verschwörungsideologischer Aktivist, der sich in der Vergangenheit als Redner an den sogenannten Al-Quds-Märschen beteiligt hatte, sagte in seiner abschließenden Rede: „Heute machen sie Terror gegen Palästina und morgen gegen uns! Das ist der Plan. Damit wir morgen alle zusammen in Freiheit leben können, von diesen reichen Schurken, die solchen Dreck organisieren, Banken, amerikanische Firmen, die verdienen... Dass eine deutsche Regierung dabei mithilft! Erstmal so viele Juden ermorden und dann

dabei helfen, so viele Palästinenser zu ermorden. Das sind Gewohnheits-Kriminelle!“

18.11.2023

In einem Chat der verschwörungsideologischen Szene in Köln wird einer „globalistischen Elite“ vorgeworfen, das Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung durchgeführt zu haben, mit dem Ziel, einen Weltkrieg zu entfachen, der wiederum der als Strippenzieher identifizierten Familie Rothschild erlauben würde, eine „Welt-Regierung“ zu etablieren.

MEDIEN- FEINDLICHKEIT

Ein häufiges Verbindungselement in verschwörungsideologischen Diskursen ist dabei eine diffuse Medienfeindlichkeit, die sich gegenüber etablierten Presseorganen äußert. Diesen wird dabei unterstellt, die Öffentlichkeit systematisch hinters Licht zu führen und in ihrer Berichterstattung dem Willen der imaginierten, verborgenen Herrscherclique unterworfen zu sein und die Fakten entsprechend zu verdrehen. Auch wenn nicht alle Kritik an Medien immer antisemitisch ist und Medienfeindlichkeit auch nicht zwangsläufig zu Antisemitismus führt, soll nachfolgend auf die auf israelfeindlichen Demonstrationen omnipräsente Medienschelte hingewiesen werden, um die strukturelle Nähe zu verschwörungsideologischen Inhalten zu verdeutlichen.

20.10.2023

Presseberichten zufolge wurde auf einer Demonstration am 20. Oktober ein Schild gezeigt, auf dem „westlichen Medien“ vorgeworfen wurde, dass diese die Hamas als „Terroristen“ und nicht als „Widerständler“ darstellen würden.¹⁹

22.10.2023

In einer Rede wird der gesamten deutschen Medienlandschaft Einseitigkeit zu Gunsten Israels und doppelte Standards mit Blick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine vorgeworfen: „Ich finde es sehr traurig, dass die deutschen Medien, die westlichen Medien nur einseitig berichteten. Die bösen Muslime, die bösen Palästinenser, die bösen *Hamas*... aber was ist vorher passiert? [...] Warum ist Russland böse, weil sie Ukraine besetzen, aber Israel ist gut, obwohl sie Palästinenser seit über 70 Jahren besetzten?“

19

Online unter: www.ksta.de
22.10.2023.

Zu den besonders verbreiteten Slogans auf israelfeindlichen Demonstrationen in Köln seit dem 7. Oktober gehört der Spruch „Deutsche Medien lügen, lasst euch nicht betrügen“. Hier schwingt der Vorwurf mit, Medien würden einseitig zu Gunsten Israels berichten, während die Belange von Palästinenser*innen nicht beachtet werden würden.

Es scheint, als habe die Ablehnung von „Mainstream-Medien“ zur Folge, dass israelfeindliche Aktivist*innen vermehrt die Nähe zu jenen „alternativen Medien“ suchen, die in verschwörungsideologischen Kontexten besonders beliebt sind. Davon zeugt beispielsweise das Interview von Georg Rashmawi,²⁰ einer führenden Persönlichkeit im Kontext israelfeindlicher Demonstrationen in der Region mit dem extrem rechten Sender AUF1

20 Laut einem Artikel des „Rheinisch-Antifaschistischen Bündnisses gegen Antisemitismus“ (RABA) ist Rashmawi u.a. Sprecher der „Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V.“, „Palästinensische Allianz NRW“ und „BDS-Gruppe Bonn“, sowie Mitglied im Nationalkongress der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) 20.12.2023. Online unter: <https://raba.noblogs.org>

vom 25. Oktober, in dessen Rahmen Israel attestiert wurde, es habe „als Besetzer kein Recht auf Selbstbestimmung“



5. BEMÜHUNGEN UM DIE BILDUNG EINER ISRAELFEIND- LICHEN „QUER- FRONT“

Verschiedene politische Akteure aus der verschwörungsideologischen Szene in Köln bemühten sich aktiv darum, die israelfeindlichen Proteste für sich zu vereinnahmen. Dies zeigte sich auch im Rahmen der Demonstration vom 22. Oktober am Roncalliplatz.

22.10.2023

Bianca Paffenholz, die seit Beginn der Corona-Pandemie maßgeblich an der Organisation verschwörungsideologischer Demonstrationen in Köln beteiligt ist, verbreitete in einer Rede antisemitische Verschwörungsmythen: „Auch in Deutschland sind wir nicht frei, wir sind hier geknechtet durch unsere Regierung, nicht nur in Deutschland, alle Regierungen weltweit! Es ist immer da oben die eine Elite, die bösen Menschen, das sind 13 Familien, 13 Blutlinien sind das, die über 8 Milliarden Menschen bestimmen, wollen wir das? Uns von den Mächtigen bestimmen lassen?“

Für diese Aussage erntete Bianca Paffenholz begeisterten Zuspruch von Seiten der überwiegend migrantischen Demonstrationsteilnehmer*innen. Die Aussage bezieht sich auf den verschwörungsideologischen Bestseller „Die 13 satanischen Blutlinien“ des französischen Autors Robin de Ruiter.²¹ Vonseiten der verschwörungsideologischen Aktivistin handelte es sich dabei um einen durchsichtigen Versuch, neben Medien- und Staatskritik auch Antisemitismus als „Kitt“ bzw. gemeinsamen Nenner zu nutzen, um auf israelfeindlichen Demonstrationen neue Zielgruppen für die eigene Mobilisierung zu gewinnen. Denn bis dahin spielte das Thema Nahostkonflikt in der Verschwörungsszene eine eher untergeordnete Rolle. Nachdem ihr auf der De-

monstration vom 22. Oktober am Roncalliplatz die Möglichkeit gegeben worden war, für die eigenen, seit der Corona-Pandemie wöchentlich stattfindenden Demonstrationen zu werben, kamen zur anschließenden verschwörungsideologischen Kundgebung tatsächlich erstmals einige Personen mit Palästina-Flagge. Insgesamt gelang es der Aktivistin jedoch nur in beschränktem Maße, die durchaus unterschiedlichen politischen Hintergründe und Weltanschauungen zumindest zeitlich begrenzt zu vereinen.

Eine ähnliche Strategie verfolgt der Leverkusener Rechtsextremist und Putin-Apologet Markus Beisicht, der seit dem 7. Oktober zahlreiche israelfeindliche Demonstrationen in Köln und Umland anmeldete. Als ehemaliger Vorsitzender der rechtsextremen Kleinstparteien „Pro Köln“ und „Pro NRW“ führte Markus Beisicht vor einigen Jahren noch die rechtsextremen Proteste gegen die Eröffnung der DITIB-Moschee in Köln-Ehrenfeld

.....
21 Das erstmals im Jahr 2000 in Frankreich veröffentlichte und dort mittlerweile verbotene Buch unterstellt im Kern weltweit allen Machthabern der Vergangenheit und Gegenwart, in direktem Verwandtschaftsverhältnis zueinander zu stehen und auf die Errichtung einer satanischen Weltregierung hinzuarbeiten. Eher beiläufig wird dabei erwähnt, dass es sich bei den meisten erwähnten „Blutlinien“ um jüdische Familien handelt, wie die Rothschilds. Unter den Quellen für seine Behauptungen gibt de Ruiter u.a. die „Protokolle der Weisen von Zion“ an.

und weiterer Moscheen in der Region an. Den Schulterchluss zu Akteur*innen des israelfeindlichen Aktivismus' suchte Beisicht bereits mehrere Monate vor Beginn des israelfeindlichen Demonstrationsgeschehens in Köln: Am 23. Mai veröffentlichte er über den Facebook-Account seiner Kreml-freundlichen Partei *Aufbruch Frieden-Souveränität-Gerechtigkeit* einen Post mit dem Titel „Freiheit auch für Palästina“, in dem er sich gegen israelische „Fremdbestimmung“ und eine angebliche Verwendung des Antisemitismusvorwurfs als Waffe gegen die „unterdrückten Palästinenser“ positioniert. Nach dem 7. Oktober wirkte Beisicht an mehreren israel-feindlichen Demonstrationen mit schwankenden Teilnehmer*innen-Zahlen mit, wobei er bei der Organisation und Durchführung dieser Demonstrationen u.a. mit Islamisten und Verschwörungsideologen zusammenarbeitete.²²

.....
22 Bernhard Falk, der Schatzmeister der Kleinstpartei *Aufbruch*, ist regelmäßig auf den von Markus Beisicht (mit-)organisierten Demonstrationen vertreten. Er erlangte in den

Zur Untermauerung des eigenen Standpunktes gehört es bundesweit und auch international immer häufiger zur Strategie israelfeindlicher Gruppierungen, antizionistisch eingestellte Jüdinnen*Juden als „Kronzeugen gegen Israel“ heranzuziehen. In Köln gelang es seit dem 7. Oktober einmal, den Demonstrationsteilnehmenden einen solchen – sichtbar jüdischen – Kronzeugen zu „bieten“, einen Rabbiner der antizionistischen und ultra-orthodoxen Sekte *Neturei Karta*. Vertreter von *Neturei Karta* sind dafür bekannt, dass sie in ihrer (religiös motivierten) Obsession gegen Israel auch an der Seite judenfeindlicher Akteur*innen auftreten. So nahmen Vertreter von *Neturei Karta*

.....
90er Jahren als Linksterrorist Bekanntheit: Im Jahr 1999 wurde er als Mitglied der *Antiimperialistischen Zelle* zu einer 13-jährigen Haftstrafe wegen vierfachen versuchten Mordes und Sprengstoffanschlägen verurteilt. Während seiner Haftzeit konvertierte er zum Islam und nahm den Namen Muntasir bi-llah an. Nach seiner Entlassung aus der Haft engagierte er sich in der „Gefangenenhilfe“ für Straftäter mit salafistischem Hintergrund. Im Jahr 2014 zeigte Falk seine Solidarität mit jenen Islamisten, die verurteilt wurden, weil sie 2012 versucht hatten, einen Sprengstoffattentat auf den Bonner Hauptbahnhof zu verüben – und die außerdem einen Anschlag auf Markus Beisicht, als damaligen Vorsitzenden von *Pro NRW* geplant haben sollen.

auch an der Holocaustleugnungskonferenz im Iran 2006 teil. In Deutschland sind sie regelmäßig bei Al-Quds-Märschen vertreten. Es ist dabei jedoch durchaus entlarvend, dass auf der einen Seite auf israelfeindlichen Demonstrationen immer wieder darauf hingewiesen wird, es gäbe so viele antizionistische Jüdinnen*Juden, während auf der anderen Seite erheblicher logistischer Aufwand betrieben werden muss, um solche Vertreter zu finden: der eben erwähnte antizionistische Rabbiner, der in Köln auftrat, musste extra aus London eingeflogen werden.

10.12.2023

Auf der Querfront-Demonstration (s.o.) dämonisiert der aus London eingeflogene Rabbiner der anti-zionistischen ultraorthodoxen Splittergruppe Neturei Karta in seiner Rede Israel und beendete den Redebeitrag mit den Worten „From the river to the sea, Palestine will be free“, womit er gegen Polizeiaufgaben verstieß. Der besondere Querfrontcharakter dieser Demonstration vom 10.12. wurde auch an den weiteren Reden ersichtlich: Vom Rabbiner ging das Mikrofon direkt weiter an den Leipziger Neonazi und ehemaligen NPD-Kader Alexander Kurth, der betonte, wie wichtig es sei, „dass hier auch deutsche Fahnen zu sehen [seien]! Denn Deutschland, das ist nicht, was dieses Zionisten-Regime und Netanyahus Bluthunde unterstützt, die deutschen Menschen stehen an der Seite von Palästina!“

6. ANGRIFFE UND BEDROHUNGEN GEGENÜBER ISRAELSOLIDARI- SCHEM GEGEN- PROTEST

Im Kontext von israel-
feindlichen Demon-
strationen nach dem
7. Oktober in Köln
wurden auch immer
wieder körperliche
Übergriffe, insbesondere
auf israelsolidarische
(Gegen-)Demonstrant*
innen, dokumentiert.

05.11.2023

Auf einer proisraelischen Soli-
daritätskundgebung auf dem
Roncalliplatz versuchte ein
Passant einem Demonstra-
tionsteilnehmer die Israelfah-
ne mit Gewalt aus der Hand
zu reißen. Der Täter wurde in
Gewahrsam genommen, die
Fahne konnte dem Betroffen-
en zurückgegeben werden.

06.11.2023

Nachdem ein Mann am 6.
November an einem Gegen-
protest zu einer antiimpe-
rialistischen Kundgebung
in Bahnhofsnähe teilnahm,
wurde er von einer Gruppe
Jugendlicher eingekreist und
attackiert, wobei versucht
wurde, ihm die Israel-Flagge
zu stehlen. Einige Jugendli-
che riefen dabei „Free Pales-
tine!“ und „Israel Terrorstaat!“

23.11.2023

In Bahnhofsnähe fanden eine
israelfeindliche Demonstra-
tion sowie eine Gegenkun-
dgebung statt. Einer Teilneh-
merin der Gegenkundgebung
wurde auf der Domplatte
gegen 14:30 Uhr eine Abbil-
dung mit Israelflagge gewalt-
sam aus den Händen gerissen
und teilweise zerstört.



Domplatte, 23.11.2023

DIE VERWENDUNG ROTER WINKEL ZUR „FEINDMARKIERUNG“

Mit Blick auf die Bedrohungslage israelsolidarischer Menschen ist nachfolgend auf eine Besonderheit hinzuweisen, nämlich auf die Praxis der Feindmarkierung durch ein rotes Dreieck, die durch Propagandavideos der *Hamas* im Internet populärisiert wurden. In diesen werden militärische wie zivile Einrichtungen und Personen in Israel durch die Einblendung eines roten Dreiecks markiert und in Folge zum wortwörtlichen Abschuss freigegeben. Die ersten Propagandavideos, in denen Fahrzeuge der israelischen Armee mit einem roten Dreieck markiert worden sind, wurden durch den militärischen Flügel der *Hamas*, den *Quassam-Brigaden*, kurz nach Beginn der Bodenoffensive im Gazastreifen veröffentlicht. Die rote Markierung wird auch als Verweis auf die palästinensische Flagge gesehen, die ebenfalls ein rotes Dreieck enthält. Im November 2023, nachdem sich die



Videos im Internet verbreiteten, erstellten zahlreiche Internetnutzer Memes, die ein rotes Dreieck über israelischen Truppen zeigten. Von hier aus verbreitete sich die Markierungspraxis auch auf israelfeindlichen Demonstrationen.

Auch in Köln wurden immer wieder Fälle dokumentiert, in denen rot bemalte, dreieckige Pappschilder von Teilnehmer*innen israelfeindlicher Versammlungen dazu verwendet wurden, Personen hervorzuheben, die sich z.B. an Gegenprotesten beteiligten. Häufig werden die roten Winkel dann so abfotografiert, dass es den Anschein erweckt, der Winkel sei (wie in den *Hamas*-Videos) genau über dem jeweils fotografierten „Feind“.

Es gilt außerdem zu bedenken, dass die Verwendung roter dreieckiger Winkel zur Markierung von „Zionisten“

und weiteren politischen Gegner*innen gerade in Deutschland unweigerlich an eine Praxis aus dem Nationalsozialismus erinnert: Der rote Winkel wurde in Konzentrationslagern zur Markierung politischer Gegner*innen verwendet. Die Markierung wurde sowohl auf der Kleidung der Inhaftierten als auch in den über sie geführten KZ-Dokumenten verwendet. Inwiefern eine solche Assoziation von Seiten der Demonstrationsteilnehmer*innen bewusst in Kauf genommen oder sogar beabsichtigt wurde, ist unklar.

Auch im Jahr 2024 wurde die beschriebene Markierungspraxis auf israelfeindlichen Demonstrationen weitergeführt.

ABSCHLIESSENDE EINORDNUNG

Insgesamt zeugte das Versammlungsgeschehen zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem Jahresende 2023 von einer enormen Mobilisierungskraft.²³ Neben den in diesem Zeitraum insgesamt 18 israelfeindlichen Demonstrationen im Kölner Stadtgebiet, auf denen die Kölner Meldestelle (gemäß bundesweiter Erfassungskriterien) antisemitische Inhalte dokumentierte, fanden selbstverständlich weitere Versammlungen zum Thema statt, auf denen kritische Positionen gegenüber Israel verbreitet wurden, ohne dass dabei die Grenze des Antisemitismus überschritten worden wäre. Es ist somit selbstverständlich ohne Weiteres möglich, Kritik an israelischer Politik zu üben, ohne sich dem

.....
23 Da ein umfangreiches Monitoring aller Demonstrationen nach dem 7. Oktober nicht zu gewährleisten war, ist es an dieser Stelle nicht möglich, eine valide Aussage zur Gesamtzahl der Demonstrationsteilnehmenden bis Jahresende zu treffen. Es lässt sich jedoch grundsätzlich festhalten, dass die Teilnehmer*innen-Anzahl der hier beschriebenen Demonstrationen zwischen wenigen Dutzend und über Tausend pro Versammlung variierte.

„Antisemitismusvorwurf“ ausgesetzt zu sehen.

Die in diesem Bericht vorgestellten Beispiele zeigen jedoch, dass auf israelfeindlichen Demonstrationen in Köln immer wieder antisemitische Vorstellungen auf den Staat Israel übertragen werden. Dabei wurde auch eine Vielzahl an Äußerungen dokumentiert, die als antisemitisch zu bezeichnen sind, ohne dass dabei ein Straftatbestand erfüllt wäre.

Jedoch wirken sich Aktivitäten, die den Terror der *Hamas* verherrlichen, oder Äußerungen, die die Gräueltaten vom 7. Oktober legitimieren oder relativieren, negativ auf das Lebensgefühl von Jüdinnen*Juden in Köln aus. Israelfeindliche Versammlungen haben unmittelbaren Einfluss auf das Sicherheitsempfinden von Jüdinnen*Juden in Köln, wenn sie etwa persönlich für die Politik des Staates Israel verantwortlich gemacht und angefeindet werden. In die-

sem Sinne liegt es auch in der Verantwortung der Stadtgesellschaft, jede Form von Antisemitismus zurückzuweisen und sich solidarisch gegenüber Betroffenen zu zeigen.

Eine Videodokumentation der Demonstration vom 22. Oktober 2023 kann über [diesen Link](#) oder folgenden QR-Code abgerufen werden:



Zur Videodokumentation
SCAN ME

5.3

Zuschriften mit Bezug zum Roger Waters Konzert Beitrag von Lukas Kettler

Die Massaker vom 7. Oktober 2023 sind mit Abstand das zentrale Thema des vergangenen Jahres, stellen sie doch das größte Verbrechen an Jüdinnen*Juden seit der Schoa dar. Wie oben gezeigt, zogen sie auch eine Welle antisemitischer Taten nach sich. Doch auch abseits davon kam es in Köln zu anlassbezogenen antisemitischen Vorfällen.

Am 9. Mai 2023 fand in der Kölner Lanxess-Arena ein Konzert des britischen Musikers Roger Waters statt. Dieser ist bekannt für seine israelfeindliche Haltung, geschichtsrevisionistische Positionen und die Verwendung antisemitischer Figuren und Motive sowohl auf der Bühne als auch in Interviews²⁴. Im Zuge des Bekanntwerdens des Konzerts bezogen u.a. der Kölner Arbeitskreis der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), das Kölner Bündnis gegen Antisemitismus (BgA), die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und die Kölner Synagogen-Gemeinde öffentlich Stellung gegen den Auftritt. Waters Nähe zur BDS-Kampagne veranlasste außerdem Oberbürgermeisterin Henriette Reker, eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Antisemitismus im Kulturbetrieb“ anzuregen. Diese hatte zum Ziel, den Blick auf antisemitische Einstellungsmuster in Kunst und Kultur über Waters hinaus zu öffnen. Die Veranstaltung wurde vom NS-DOK geplant und durchgeführt. Im Anschluss daran erreichten die Synagogen-Gemeinde, das NS-DOK und die Stadtverwaltung eine Reihe einschlägiger E-Mails, die im Folgenden dokumentiert und kommentiert werden.

24 Gebündelt nachzulesen beispielsweise in einem Interview, das Waters Anfang 2023 mit der Berliner Zeitung führte. Die Zeitung selbst veröffentlichte eine stark beschönigte Version des Gesprächs. Waters veröffentlichte allerdings die vollständige, ins Englische übertragene Version auf seiner eigenen Homepage (www.rogerwaters.com/berliner). In dem Interview setzt Waters u.a. Israel mit Nazi-Deutschland gleich, erklärt Israel zu einem faschistischen Apartheids-Staat und behauptet einen Genozid Israels an den Palästinensern.

Am **9. Mai 2023** erreichten zwei E-Mails die Kölner Synagogen-Gemeinde. In einer der beiden wird der Adressat mit einer Reihe Fragen konfrontiert, in denen der Autor eine Stellungnahme zu angeblichen „staatlichen [...] oder geduldeten Morde[n] durch israelische Militärs, Polizei oder Siedler“ fordert. Der Autor bedient dabei das antisemitische Motiv des „blutrünstigen Juden“ und überträgt es auf den Staat Israel und seine Bürger*innen. Gleichzeitig wird die Vorstellung vom Judentum als eines Kollektivsubjekts hervorgerufen, in dem sich einzelne Jüdinnen*Juden für vermeintliche Taten anderer zu verantworten haben. Ein weiterer Vorwurf ist die fehlende Abgrenzung von „Apartheid-ähnlichen Praktiken Israels“²⁵. Dabei blendet er institutionalisierte Rassismen in anderen Staaten bewusst aus, um Israel als besonders kritikwürdig darzustellen, und ignoriert die rechtlich-politische Realität im Land. Der Vorwurf stellt damit einen Fall von israelbezogenen Antisemitismus dar.

Die zweite E-Mail, die die Synagogen-Gemeinde an diesem Tag erreichte, verzichtet auf den argumentativen Umweg über Israel und bedient sich stattdessen des Mittels antisemitischen Otherings. Auch hier wird den Gemeindemitgliedern unterstellt, Teil eines homogenen Großkollektivs zu sein („Begrift Ihr Witzbolde immer noch nicht, dass es auf der ganzen Welt- außer Israel- kein Land und keine Leute gibt, die etwas positives [sic!] von euch erwarten?“). Dieses sei der Koexistenz mit der „Gastgebergesellschaft“ unfähig („ein Zeichen für Jeden für eure Tauglichkeit in jedweder Gesellschaft“).

25 Der Apartheidsvorwurf gegen Israel hat dabei eine Tradition, die bis in die 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts reicht. Seinen strategischen Sinn findet der Vorwurf in der Delegitimierung und Dämonisierung Israels als rassistischen Kolonialstaat. Siehe Bundesverband RIAS e.V., Antisemitismus bei BDS, S. 19f. 14.03.2024. [Hier aufrufen: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022](#)

Der Autor fährt mit einer Reihe antisemitischer Zuschreibungen fort („so etwas niederträchtiges und falsches [sic!] wie euch habe ich noch nicht erlebt!“) und schließt mit der Bekundung seiner Ignoranz gegenüber der konkreten Bedrohungslage, derer sich Jüdinnen*Juden ausgesetzt sehen („Hinter verammelten Türen zum Gebet, und KEINER wills wissen?“).

Am **10. Mai** erreichte die Verwaltung der Stadt Köln eine an die Oberbürgermeisterin adressierte E-Mail, in der sich der Autor verschiedener antisemitischer Zuschreibungen bedient. So reduziert er die komplexe Gemengelage des Arabisch-Israellischen Konflikts auf ein eindeutiges Täter-Opfer-Schema („Kriegs-Bilder und die Benennung der Verursacher sind nun mal nicht schön“), impliziert ein Stellvertreterverhältnis jüdischer Gemeinden zu Israel („Und die Jüdische Gemeinde sollte sich erstmal von den völkerrechtlichen Straftaten Israels distanzieren“) und betreibt antisemitisches Othering, indem Jüdinnen*Juden das Deutsch-sein abgesprochen wird („Wir als Deutsche können uns eigentlich da nicht raushalten“). Der Duktus dieser Mail impliziert eine Nähe zum verschwörungs-ideologischen Milieu („Politische Aussagen bedürfen der Genehmigung durch die Reichs-Schrifttums-Kammer demokratischen Zuschnitts“). Außerdem findet sich eine positive Bezugnahme auf die AfD („Da über Verbote nachzudenken steht nur der AfD als Wahrerin deutschen Kulturgutes zu“).

Am 26. April erhielt das NS-DOK eine E-Mail in Reaktion auf einen Zeitungsartikel, der die geplante Veranstaltung zum Antisemitismus im Kulturbetrieb thematisierte. Mit Blick auf den Titel der Tagung schreibt der Mann: „Sorry: aber die Stadt Köln bezieht keine ‚Stellung gegen Antisemitismus‘, sondern sie erweist sich als Propagandist DES Zionismus“. Der kurzen E-Mail ist ein 75-seitiges „Dossier“ angehängt, in dem der Autor akribisch die Berichterstattung zu Roger Waters dokumentiert und streckenweise einschlägig antisemitisch kommentiert. Das Dokument erweist sich dabei als ein Paradebeispiel der Ver-

schränkung antisemitischen Wahns und narzisstischer Kränkungen. Der Autor, davon überzeugt, er habe eine stringente Beweisführung vorgelegt („Mein Tipp: widerlegen Sie meine Argumentation – oder ändern Sie Ihr politisches Geschäftsinteresse.“), bedient dabei eine ganze Palette antisemitischer Zuschreibungen. Diese reichen von antisemitischem Othing („hassen doch auch heute noch sehr viele Juden Deutsche!“), Post-Schoa-Antisemitismus („Lüge: alle kamen innerhalb von einigen Wochen wieder frei“ [bezogen auf die Festnahme, Deportation und teilweise Ermordung von 3000 Jüdinnen*Juden im Zuge der Reichspogromnacht in Frankfurt]) und israelbezogenem Antisemitismus („Es gibt zionistischerseits aus Berechnung keine Definition des Staates Israel – ergo gibt es auch keinen Staat Israel“). Eingebettet sind diese Vorstellungen allesamt in ein geschlossenes Weltbild, in dem Jüdinnen*Juden eine okkulte Machtposition besetzen, von der aus sie die Geschichte der Welt lenken („Beide OB-Kandidaten [in Frankfurt] wetteifern darum, von den Zionisten als Zionisten anerkannt zu werden, hat man ansonsten keine Chancen in Ffm. ‚etwas‘ zu werden“). Das Judentum wird en gros zum Gegenprinzip erklärt („Roger Waters [...] bezieht sich nicht auf ‚die Juden‘ sondern auf DEN Juden“) – beides klassische Elemente des modernen Antisemitismus. Am Umfang seiner Ausführungen lässt sich die enorme Energie ablesen, die der Autor in das Dokument hat fließen lassen. Zwischen abstrusen Behauptungen und pedantischen Wiederholungen seiner „Theorie“ von der Erfindung des Antisemitismus durch „die Zionisten“ betont er immer wieder seine intellektuelle Überlegenheit und kommt nicht umhin, sich schließlich selbst zu offenbaren: „Hass ist ganz klar ein Resultat von Kränkung, die sich biographisch in der Regel zur Krankheit auswächst“.²⁶

26 Zum Zusammenhang von antisemitischen Einstellungsmustern und narzisstischer Kränkung: Siehe. Baum, Markus „Verschwörungsnarrative im Kontext von Krisenerfahrungen und Kontrollverlusten“ und Fuchshuber, Thorsten „Der Genuss am Juden Hass - über den Zusammenhang von Antisemitismus und Narzissmus“ in Grigat, Stephan (Hrsg.): Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart (Baden-Baden, 2023).

ANHANG: DATENGRUNDLAGE UND ARBEITSWEISEN

Datengrundlage

Antisemitische Vorfälle werden der Kölner Meldestelle auf unterschiedlichen Wegen bekannt. Der Großteil der im Jahr 2023 erfassten Vorfälle wurde der Meldestelle per E-Mail oder Telefon übermittelt sowie über das bundesweite Meldeportal des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V., abzurufen unter www.report-antisemitism.de. Die meisten Meldungen erfolgten direkt durch Betroffene oder durch Zeug*innen antisemitischer Vorfälle. Außerdem führte eigenes Monitoring von Veranstaltungen durch die Meldestelle zu weiteren dokumentierten Vorfällen. Darüber hinaus flossen in diesen Bericht auch Erhebungen und Beobachtungen von zivilgesellschaftlichen Projekten, Anlaufstellen für Betroffene und weitere in der Beratungs- und Präventionsarbeit Tätigen ein. Auch die Statistik antisemitischer *Straftaten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch Motivierte Kriminalität der Kölner Polizei*, bereinigt von Dopplungen und nicht zielgerichteten antisemitischen Propagandavorfällen, wurde berücksichtigt. Trotz verbesserter Datenlage ist weiterhin von einer hohen Dunkelziffer im Bereich antisemitischer Vorfälle in Köln auszugehen.

Arbeitsweisen und Vernetzung

Die Kölner Meldestelle verifiziert antisemitische Vorfälle und erfasst sie systematisch. Dieses Verfahren ermöglicht es, Aussagen über die Formen, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Köln zu treffen. Je nach Vorfall und Wünschen von Betroffenen bietet die Meldestelle den Betroffenen konkrete Unterstützung an. Bei antisemitisch motivierten Straftaten kann die Meldestelle bei der Anzeigenstellung unterstützen, ebenso wie bei der Suche nach Rechtsbeistand. Die Kölner Meldestelle orientiert sich ausschließlich an den Wünschen und Bedürfnissen der Meldenden und unternimmt grundsätzlich nichts ohne deren explizite Zustimmung. Vertraulichkeit und Schutz personenbezogener Daten spielen eine zentrale Rolle in der Meldestellenarbeit; antisemitische Vorfälle können zudem auch anonym gemeldet werden. Antisemitische Schmierereien im öffentlichen Raum, die der Meldestelle bekannt werden, werden in Absprache mit den zuständigen Stellen angezeigt und die Entfernung veranlasst.

Inhaltlich basiert die Bewertung antisemitischer Vorfälle durch die Kölner Meldestelle an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus. Diese wurde von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert.²⁷ Als definitorische Grundlage der Meldestellenarbeit dient die von der *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.²⁸ Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich die Meldestelle zudem an der von Natan Scharanski vorgeschlagenen Trias von Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.²⁹

Der Aufbau und die Pflege eines Meldenetzes, welches neben jüdischen Akteur*innen auch Behörden, Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen miteinschließt, stellen zentrale Aspekte der Meldestellentätigkeit dar.

Die Meldestelle der Fachstelle gegen Antisemitismus kooperiert eng mit dem Bundesverband RIAS e.V. sowie mit RIAS NRW. Auf diese Weise leistet die Kölner Meldestelle einen Beitrag für ein bundesweit einheitliches Erfassungssystem antisemitischer Vorfälle. Die Meldestelle für antisemitische Vorfälle in Köln ist eine von drei Kompetenzbereichen der Fachstelle gegen Antisemitismus. Neben der Dokumentation antisemitischer Vorfälle liegen die anderen Schwerpunkte der Fachstelle in der Beratung der von Antisemitismus Betroffenen sowie im Bereich der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit. Angesiedelt ist die Fachstelle gegen Antisemitismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln.

27 Siehe Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V., Arbeitsweisen. [Online unter: www.report-antisemitism.de](http://www.report-antisemitism.de)

28 [Online unter: www.holocaustremembrance.com](http://www.holocaustremembrance.com)

29 Siehe Natan Sharansky, 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization, in: *Jewish Political Studies Review* 16 (2004) 3–4, [Online unter: https://jcpa.org](https://jcpa.org)

Report Antisemitism!

Contact us if you are affected by antisemitism or are a witness to antisemitic incidents! Our service is confidential, anonymizing, and we stand unequivocally at the side of those affected.

Сообщите об антисемитском инциденте!

Свяжитесь с нами, если Вы столкнулись с антисемитизмом или являетесь свидетелем антисемитских инцидентов! Наша работа конфиденциальна, анонимна и мы на стороне потерпевших.

Antisemitismus melden!

Wenden Sie sich an uns, wenn Sie von Antisemitismus betroffen oder Zeuge von antisemitischen Vorfällen sind! Wir arbeiten vertraulich, anonymisierend und parteilich.

NS— DOK

Ein Museum der



Stadt Köln